

Nummer 25 — 23. Jahrgang  
5 mal wöchentl. Bezugspreis: für Januar 3,50 Rent.-Mark  
Anzeigen: Berechnung der Anzeigen nach Rent.-Mark  
Preise: Die eingekaufte Beitzzeit 20 S. f. Familien- u.  
Vereinsanzeigen, Gelbde 15 S. Die Zeit- u. Melowezelle  
30 mm breit, 1.4. Cierstengebür für Selbstabholer 15 S.  
bei Ueberleitung durch die Post außerdem Portozuschlag.  
Preis für die Einzelnummer 15 Renten-Pfennig.  
Wöchentliches Zeitl: Josef Hofmann, Dresden

Mittwoch, 30. Januar 1924  
Im Falle höherer Gewalt erfolgt jede Verantwortlichkeit auf  
Lieferung sowie Erfüllung von Anzeigen-Aufträgen und  
Bestellung von Schablonen. Für unentgeltlich und durch Fern-  
sprecher übermittelte Anzeigen übernehmen wir keine Ver-  
antwortung. Unverlangt eingehende und mit Nachporto  
nicht verlebene Manuskripte werden nicht aufbewahrt.  
Sprechstunde der Redaktion 5 bis 8 Uhr nachmittags  
Hauptredaktion: Dr. Josef Albert, Dresden

# Sächsische Volkszeitung

Tageszeitung für christliche Politik und Kultur

Redaktion und Verlagsstelle: Dresden-Alttstadt 16, Goldschmidtstraße 48  
Fernruf 82722 / Postfachkonto Dresden 14797 • Unterhaltung und Wissen • Die Welt der Frau • Das neue Leben • Saxonia-Verlagsdruckerei G. m. b. H. Dresden-Alttstadt 16, Goldschmidtstraße 48

## Die Kräfte des Bolschewismus

Von Dr. Heinrich Mataja, Wien.

In der russischen revolutionären Bewegung sind fast von Anfang an immer zwei grundlegend verschiedene Richtungen einander gegenüberstanden. Die eine Richtung war antidemokratisch: Alles für das Volk, aber nicht durch das Volk, sondern durch seine revolutionäre Elite. Dieser Streit wurde nicht nur praktisch durchgeführt, sondern auch theoretisch, wissenschaftlich, in Vorträgen, in Schriften, in den Beratungen und Kongressen, in den Versammlungen und Organisationsversammlungen der revolutionären Parteien auf russischem Boden und im Ausland, in den wichtigsten Diskussionen, von denen Turgenjew behauptete, daß sie nur im russischen Volk möglich sind. Diese unendlichen Auseinandersetzungen führten zu einem Doktrinärenismus, der undurchdringlich scheint, aber sie haben nicht nur die Dialektik der Revolutionäre ungeheuer ausgebildet, so daß sie jeder Debatte gewachsen waren, sie haben sie auch dahin geführt, die Anwendung ihrer Grundgedanken auf alle möglichen Verhältnisse des praktischen Lebens zu diskutieren, so daß sie sich wenigstens eine Vorstellung von einem Leben unter der Herrschaft jener Prinzipien machen konnten, die tatsächlich nur in ihren Köpfen und Büchern existierten. Wenn dann später das Leben den Bolschewisten ganz andere Probleme aufzuwerfen begann, als sie an den Tischen der Emigranten in Wien und Brüssel aufgeworfen wurden, Probleme, die sie nicht zu lösen imstande waren, so waren doch die Grundgedänge einer sozialistischen Verwaltung für sie keine ganz verfliegenen Utopien mehr, die sie in dem Chaos des Umsturzes doch eine Art von Verwaltung einrichteten. Dabei waren genug Leute unter ihnen, die „das Volk“ geahnt hatten. Das war auch eine bestimmte revolutionäre Doktrin, die den revolutionären Intelligenzien vornehmlich als „fliegende“ Kapitulation über Land zu gehen oder sich unter Bauern oder Arbeitern anzustellen, mit ihnen zusammen zu leben, sie zu beeinflussen und zu gewinnen. In dieser jahrelangen Lehrtätigkeit lernten sie, daß der russische Bauer jede politische Propaganda ablehnt, und daß ihn ein einziger Wunsch besetzt: Mehr Land und vor allem das Land des Gutsherrn. Aus dieser Erkenntnis entwickelte Lenin seine Taktik gegenüber der russischen Bauernschaft. Die politische Unerschlossenheit und der Ungehörigkeit der hundert Millionen russischer Bauern sind einer der Grundpfeiler des bolschewistischen Herrschaft.

Auch für das zaristische System war dieser indolente russische Bauer ein ungeheurer bequemer Element gewesen. Der rührte sich nicht und verarbeitete, verprügelte, erschlug wohl gar den „Reichsherrn“ (Intelligenzler), der als revolutionärer Kapitulator zu ihm hinauskam. Der ganze Haß des zaristischen Apparates richtete sich gegen diese zum übermenschlichen Teil eben der Intelligenz entnommenen Kapitulationen. Untereinander lebten diese häufig in der bittersten Feindschaft und diese Feindschaft hat sich ungeschwächt auf die Emigrantenkreise übertragen. Zwischen diesen meist bettelarmen, existenzlosen, von einem gemeinsamen Feind in die Fremde verjagten Menschen, die vielfach die zaristischen Gefängnisse, das zaristische Exilium und die zaristische Anstalt kennen gelernt, deren nächste Verwandte diesem System zum Opfer gefallen waren, die haßten einander mit einem vollen, fetten Haß. Sie haßten einander, während sie sich im Ausland herumtrieben, sie haßten einander, als sie nach der Februarrevolution von 1917 nach Rußland zurückkehrten und der Haß blieb unvermindert, als die Bolschewisten zur Herrschaft gelangten. Die furchtbaren Verfolgungen, denen gerade sozialistische Gruppen und Personen in Sowjetrußland ausgesetzt sind, haben trotz in diesen Fällen an einem Kaffeetisch in Kausanne oder in London ihren Ausgangspunkt genommen.

Die Intelligenz der Revolutionäre untereinander änderten nicht an ihrer gemeinsamen Verfolgung durch die zaristische Macht. Es war ja auch zu argzeitig; im ganzen Reich wäre alles in Aufruhr und Ordnung gegangen, wenn nicht eine Handvoll Intelligenzler immer wieder verurteilt hätte, das brave Volk zur Revolution aufzumiegeln. So malte sich das Bild in den Köpfen der dritten Abteilung, der Generale und der Gouverneure. Mit dieser Handvoll Intelligenzler würde man doch noch fertig werden. An den Galgen mit ihnen, in die Vergewerke, auf den 8000 Kilometer langen Leidenweg, nach Sibirien! Die Gegenwirkung konnte nicht ausbleiben. Das Volk, das man bestreuen wollte, hielt zum Wärrchen Jar und schlug seine Bestreuer tot, es verlor seinen Feind in den Augen der Revolutionäre, und gegen die herrschende Schicht entspann sich die Wut. Diese herrschende Schicht übertrug ihren Haß gegen die revolutionäre Intelligenz auf die Intelligenz überhaupt. Studenten, Professoren, Schriftsteller, alles das waren in den ersten russischen Kreisen anrüchliche Verurte. So wurde die Intelligenz mehr oder minder zu den Revolutionären hinübergetrieben. Verachtung an und für sich war verächtlich, Selbsthätigkeit ein Verbrechen, und je mehr die russische Revolutionäre sich zur Propaganda der Tat entwickelten, desto schärfer wurde der Haß der Regierung gegen die Intelligenz und desto mehr fand die Intelligenz die Gewalttaten entschuldigbar oder doch verständlich. Die ungeschwächte Unterstützung, die in diesem Verständnis, in dieser Entschuldigtheit liegt, haben die Bolschewisten der Intelligenz nicht gekostet. Am Vergleich zu einem Professor im heutigen Rußland war ein Professor im zaristischen Rußland ein freier Mann und ein glücklicher Mann.

Wenn man von allem Anfang an entschlossen, diese häßlichen Schichten zu benutzen, sie arbeiten zu lassen, aber im entscheidenden Augenblick sie nicht um ein Haar besser zu behandeln als irgend einen zaristischen Polizeibeamten. Diese autoanarchischen Schichten hatten keine Ahnung davon, daß sie einmal von den nämlichen leiblichen und sinnlichen Dingen ins Jenseits befördert werden würden. Es war ihnen nicht klar, daß sie untereinander dasselbe tragikomische Spiel aufführten, wie die einander befehdenden Revolutionäre.

Der furchtbare Druck des zaristischen Systems hat in Rußland seit jeher das Entschieden geheimer Gesellschaften geradezu erzwungen. Das ist die sogenannte „Rodowolka“, die unterirdische Bewegung. In diesem System wurden schließlich alle revolutionäre gegungen und dieser Umstand war ein fast unüberwindliches praktisches Argument für die, die sagten: „Für das Volk, aber nicht durch das Volk“. Wenigstens für das Stadium der

## Die kommende Goldnotenbank

Emission von Goldgeld mit Hilfe deutscher Goldreserven und ausländischer Kapitalien — Die Notenbank außerhalb der deutschen Grenzen — Bildung einer europäischen Wirtschaftskommission? Die zuverlässige Stimmung der Sachverständigen

### Die geplante Goldnotenbank

Paris, 29. Januar. Der „Newport Herald“ wird in seiner heutigen Ausgabe folgendes veröffentlicht: Der Plan für eine neue Goldemissionsbank für Deutschland ist praktisch bereits von den Sachverständigen vollständig ausgearbeitet, abgesehen von einzelnen Details. Am Mittwoch wird ein Zusammentritt der Sachverständigen mit deutschen Finanzexperten stattfinden und es ist zu hoffen, daß eine Verständigung erzielt wird, vorausgesetzt, daß auch die Reparationskommission den Plan der Sachverständigen billigt. Es ist eine Bank vorgesehen, die mit den deutschen Goldreserven und mit Hilfe ausländischer Kapitalien eine Emission von Goldgeld vornehmen wird. Die Reichsbank wird aufhören, als deutsche Emissionsbank zu fungieren. Obgleich das Gleichgewicht des deutschen Budgets eine furchtbare Aufgabe ist, sind die Sachverständigen nach Abdrück der Eisenbahnerperten zu der Überzeugung gekommen, daß die deutschen Eisenbahnen hierbei eine bedeutende Rolle spielen. Der Wert der deutschen Eisenbahnen wird auf 23 bis 31 Milliarden Goldmark geschätzt, wobei zu beachten ist, daß diese teilsweise durch Schäden befallen sind. Diese Eisenbahnen könnten nicht nur zur Deckung des Budgetgleichgewichts beitragen, sondern auch für Anleihen verwendet werden.

Paris, 29. Januar. „Echo de Paris“ veröffentlicht eine Unterredung seines Berichterstatters mit Dr. Schacht. Der Reichsbankpräsident erklärte dem Berichterstatter, er sei von seinem Pariser Aufenthalt befriedigt. Er findet, daß die französische Presse eine sehr korrekte Haltung ihm gegenüber eingenommen habe. Was die Goldnotenbank anbelangt, so sei sie ein rein geschäftliches Unternehmen und nur unter völliger Ausschaltung irgendwelcher politischer Momente vorzunehmen. Auf diese Feststellung legt Dr. Schacht ganz besonderes Gewicht. Die Schaffung einer Emissionsbank, so sagte Dr. Schacht, ist nicht und die finanzielle Wiederaufrichtung Deutschlands neben die Voraussetzung für die Regelung der Reparationsfrage, wenn man nicht arbeiten läßt, wie ich es wünsche, so werde die Bank sehr bald ins Leben gerufen werden. Falls dagegen die Politik mit dieser vornehmlich geschäftlichen Angelegenheit vermischt wird, würde das neue Finanzinstitut wohl kaum ins Dasein gerufen werden. Auf die Frage des Berichterstatters, ob er bei der Beteiligung ausländischen Kapitals auch die Verwendung französischer Kapitalien vorsehe, gab Dr. Schacht zur Antwort, er verspreche sich von einer finanziellen Mitwirkung Frankreichs einen tatsächlichen Vorteil, doch müßten dabei die politischen Erwägungen aus dem Auge gelassen werden. Zum Schluß fragte der Berichterstatter Dr. Schacht nach seinen persönlichen Eindrücken von Poincaré. Dr. Schacht erklärte sich außerstande, ein Urteil über den französischen Ministerpräsidenten zu fällen, der gegenwärtig bevorstehende Persönlichkeit nicht nur Europas, sondern auch der ganzen Welt sei. Der Berliner Berichterstatter des „Matin“ glaubt zu wissen, daß die Goldnotenbank ihren Sitz wieder in Amsterdam nach in Brüssel haben werde. Dr. Schacht trage sich vielmehr mit dem Gedanken, die Goldbestände außerhalb der deutschen Grenzen anzulegen, um sie jeder politischen Beeinflussung und auch der Gefahr einer Revolution zu entziehen.

Revolution unwiderstehlich. Man konnte gar keine Massenorganisation schaffen, man konnte nicht trachten, die Moralität der Hunderttausend Millionen Untertanen des Jaren auf seine Seite zu bringen. Man mußte Leute haben, die Gefängnis, Tod und Folter nicht scheuten, mit anderen Worten, die revolutionäre Elite. Dazu kam noch die Verbindung mit den Emigranten im Ausland, das unaufhörliche Hin- und Zurückziehen von Nachrichten, Fragen, Befehlen und Signalen, das Einschleusen von Waffen und Geld von Propanandadrift, und dies alles bei der ungeschwächten Aufsicht und Kontrolle der russischen Behörden. Alle Zeremonien der Revolution, die wir sonst erst seit 1914 kennen gelernt haben, waren in Oranien und Wirbellen schon vor dem Krieg etwas Selbstverständliches. Einen russischen Haß auf reguläre Weise zu erlangen, war nur für den neun Mal durchgeschickten möglich. Aber du lieber Gott! Im wieder mal der Mut und der Scharsinn der russischen Revolutionäre den russischen Behörden überlegen! In dieser viele Jahrzehnte langen Schule haben die Bolschewisten die Verschlagenheit, die Verschlingungsfähigkeit, die organisatorische Gewandtheit, die Klugheit und Unaufmerksamkeit gelernt, die die kommunistische Propaganda heute in der ganzen Welt so gefürchtet macht. Sie rechnen weder in Rußland, noch sonstwo auf die Massen, und wenn die Weltrevolution nicht gelungen ist, so geben sie die Schuld daran nicht den Völkern, sondern den kommunistischen Parteien in Deutschland, Frankreich, Italien usw. Sie haben so in Rußland gezeigt, wie man mit einer Handvoll Menschen ein Hundertmillionenreich revolutioniert, und wenn die anderen das nicht zustande bringen, so sind sie eben unfähig. In ihrem furchtbaren Kampf gegen die zaristischen Machthaber haben aber die Bolschewisten auch noch etwas anderes gelernt, die vollständige Verschlingungsfähigkeit gegen das als notwendig erkannte Mittel. Diese Leute haben Raue und Zahrschneide so innerlich mitgemacht, so innerlich erduldet, daß sie, die nicht zusammengebrochen sind, verachtet sind. Man kann wohl annehmen, daß die Exekutivorgane der außerordentlichen Kommission zum großen Teile bestialische Geschöpfe waren, denen das Meer von Blut und Tränen, das sich über Rußland

### Bradbury in London

London, 29. Januar. Sir John Bradbury, das englische Mitglied der Reparationskommission traf gestern auf besonderen Wunsch des neuen Schatzkanzlers Snowden in London ein, um mit diesen über die Möglichkeit der Bildung einer europäischen Wirtschaftskommission zu verhandeln, die die ganzen Reparationsfragen und die interalliierten Schäden prägen soll.

### Die Abreise der Sachverständigen

Paris, 29. Januar. Der erste Sachverständigenauschuss ist gestern abend von Paris abgereist. Am Vortage ihrer dreitägigen Sitzung haben die Sachverständigen gestern früh von 10 bis 1 Uhr ein Arbeitsprogramm zu ihrem weiteren Aufenthalt entworfen und auch einen Antrag ausgearbeitet, der von Berlin beantwortet werden soll. Der Sachverständigenauschuss legt seine Tätigkeit auch während der Eisenbahnfahrt fort. Eine Reihe von Mitgliedern des zweiten Sachverständigenauschusses haben geschäftlich gestern abend Paris verlassen. Die anderen Mitglieder brechen erst heute abend auf. Der zweite Sachverständigenauschuss wird sich am Donnerstag in Paris versammeln. Mac Kenna tritt seine Reise nach Berlin von London aus an.

Berlin, 29. Januar. Die beiden Sachverständigenauschüsse werden mit ihren Mitgliedern, Sekretären und Hilfspersonal, zusammen ungefähr 100 Personen, gemeinsam in einem großen Berliner Hotel untergebracht. Den Ausschüssen werden besondere Arbeitsräume in einem Reichshaus zur Verfügung gestellt. Nach Londoner Meldungen rechnet man mit einer Dauer der Arbeiten von mindestens einem Monat.

Paris, 29. Januar. Die Sachverständigen des ersten Ausschusses haben gestern abend in Paris aus der offiziellen Stimmung Paris verlassen. Ihre Erhebungen über den Wert der deutschen Eisenbahnen sind nach Berechnung der beiden französischen und belgischen Sachverständigen als abgeschlossen anzusehen. Der Ausschuss hofft, seine Arbeiten in Berlin in ungefähr zwei Wochen zu Ende zu führen und wird bei seiner Rückkehr nach Paris einen definitiven Bericht, für die Reparationskommission aufstellen. Es heißt, daß dieser Bericht kurz nach dem 1. März der Kommission unterbreitet werden wird.

### Diplomatischer Empfang bei Macdonald

London, 29. Januar. Im Laufe des gestrigen Tages empfing Ministerpräsident Macdonald die hiesigen diplomatischen Vertreter von 34 auswärtigen Mächten. Jeder von ihnen wurde einzeln empfangen und hatte eine Unterredung von mehreren Minuten mit dem neuen Außenminister.

London, 29. Januar. „Daily Telegraph“ meldet, daß die englische Regierung ein von Belgien vorgeschlagenes Kompromiß in der Palzfrage abgelehnt habe. Die englische Regierung sei der Ansicht, daß die polnische Bewegung von selbst in sich zusammenbrechen werde, wenn die Franzosen die Separatisten nicht unterstützen.

Der Sonderkorrespondent der „Times“ in Heidelberg berichtet, daß die Separatisten große Anstrengungen machen, um die Wirkungen des Verdicts des englischen Generalstaats Anklägers

erzoff, ein tatsächliches Veranlassen bereite. Dagegen ist es viel schwieriger, sich ein Bild der Psychologie ihrer Auftraggeber zu machen, und aller derjenigen, die um die Delle wüthten, die die Kommission in Rußland aufgerichtete hatte. Es ist mir nicht erklärlich, daß die sozialistischen Parteien, solange der Terror gegen das Völkertum in Rußland wüthete, so klammernde Worte des Protestes und der Verurteilung gefunden hätten, wie gegen den wahren Terror oder gegen den tatsächlichen Terror, der, an jenem Terror gemessen, doch nur ein Säubchen gegen einen Berg ist.

Alle diese Tatsachen der Entwicklung haben dem Bolschewismus die Fähigkeit gegeben, die Herrschaft an sich zu reißen und zu behaupten. Selbstverständlich konnte diese Fähigkeit nur auf der Grundlage der historischen Ereignisse, auf dem Boden wirken werden, den die lange Kette der russischen Revolutionen seit 1825, den insbesondere die Revolution von 1905, den der moralischen Zusammenbruch der russischen Gesellschaft, wie er sich namentlich im russisch-japanischen Krieg äußerte, vorbereitet hatte. Nicht minder selbstverständlich ist es, daß die Tatsache, die Dauer und der Verlauf des Weltkrieges die Voraussetzungen der Oktoberrevolution von 1917 gewesen sind. Aber alle diese Voraussetzungen können und die historische Herrschaft der Bolschewisten über Rußland nur sehr schwer begründlich machen. Um auch nur den Versuch zu machen, dieses Phänomen zu verstehen, muß man die revolutionäre Entwicklung in Rußland pragmatisch und psychologisch in sich aufnehmen trachten. Auf dieser Höhe tritt und die überlebende Gestalt Lenins entgegen, an dem vor allem an dem eine Eigenschaft ins Auge springt: die intellektuelle Barockhaftigkeit, mit der er an jedem Detail seines revolutionären Konzeptes (nicht seiner wirtschaftlichen Orientierung!) festhält. Eine Eigenschaft, die, wenn sie nicht berufen wird, sich an leitender Stelle auszuwirken, als Formiertheit der Rückständigkeit verfallt, und die als das untrügliche Zeichen des handlichen Genies gerühmt wird, wenn es ihm gelingt, die Ereignisse des wirklichen Lebens nach ihren phantastischen Einfällen zu modellieren.



aufzuweisen. Sie zwingen die Verantwortlichen, die gegen sie ausgeht...

London, 29. Januar. Die Postkarte, die MacDonald an...

Verhärfung des Beamtenabbaues

Nach der Beamtenabbau-Verordnung soll am 1. Februar...

Bei den Besprechungen zwischen Partei- und Regierungs-

Berlin, 29. Januar. Der Kurs der Markt in Newyork...

Die Pläne für die Wahlreform

Die Neuregelung der Wahlreform hat die Reichsregierung...

Eine Volksabstimmung

Wie uns aus Berlin mitgeteilt wird, hat in weiteren politi-

Eine neue republikanische Partei?

Innerhalb der Demokratischen Partei, ausgehend namentlich...

Ob die Vermehrung unseres gegenwärtig mit Parteien über-

Der italienisch-jugoslawische Pakt

Die wichtigsten Vereinbarungen

Belgrad, 29. Januar 1924. Der Sonderberichterstatter des...

Die Regierung seiner Majestät des Königs der Serben,...

Artikel 1. Die beiden vertragschließenden Mächte verpflichten...

Artikel 2. Falls ein der vertragschließenden Mächte von...

Artikel 3. Falls internationale Verwicklungen entstehen...

Artikel 4. Die Dauer des Abkommens wird auf 5 Jahre...

Artikel 5. Das vorliegende Abkommen wird in Rom ratifiziert...

Neue Putschgerüchte aus München

München, 29. Januar. Der Korrespondent des Bundes „Mä-

Lenins Nachfolger

Moskau, 29. Januar. Zum Vorsitz des Rates der Volks-

Großener in Leipzig

Leipzig, 29. Januar. (Drahtbericht.) Seit heute mittag...

Bermischtes

Das Eis auf der Ostsee. Der anhaltende starke Frost...

Rhythmisch-ästhetische Übungen

Im preussischen Landtag hat der Abg. Rimbel auf un-

Sächsische Richtzahlen

Dresden, 29. Januar. Die sächsischen Gesamttrich-

Börse und Aktien-Zusammenlegung

Wie uns von unserem Berliner Börsen-Berichter in Be-

Keine rheinisch-westfälische Goldnotenbank

Köln, 29. Januar. Nachdem der Reichsbankpräsident...

Jalpar erstattet Bericht

Paris, 29. Januar. Jalpar ist gestern nachmittag um...

Ende des englischen Eisenbahnerstreiks

London, 29. Januar. (Drahtbericht.) Der Streik der...

Die endgültige Stimmenzahl der Saarwahlen

Saarbrücken, 29. Januar. Bei den Landtagswahlen...

300 neue Deutschen-Ausweisungen aus Polen

Warschau, 29. Januar. Der polnische Innenminister...

Soweit es sich um einigermaßen gute Papierre handelt, wird...

Berliner Devisenkurse vom 29. Januar (Antlich)

mitgeteilt von der Commerz- und Privatbank, A.-G., Dresden

Table with columns for currency types (Goldmark, 1 Billion) and exchange rates.

Berliner Börse

Table with columns for market indices and values.

Tredner Roggenwertpapiere. Die für die 5 prozentige...

Wetterbericht der Dresdner Wetterwarte

Luftdruckverteilung: Hoher Druck über 770 mm Sibirienland...

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Dr. Josef Albert...



# Reformen unseres Nachbarlandes

## Die Bodenreform in der Tschechoslowakei

(Von unserem Prager Mitarbeiter.)

× Prag, 23. Januar 1924. Am Jahre 1919 beschloß das selbstgewählte Prager Revolutionsparlament das Bodenreformgesetz. Zweck und Ziel dieses Gesetzes war nicht die durch den Namen bewanderte Bodenreform, sondern vielmehr systematische tschechische Kolonisation und die Verdrängung gewisser um die Republik verdienten Kreise, wie z. B. die Begonntre. Lange hielt man es nicht für möglich, daß die Bodenenteignungspläne dieser landungrigen neuen Nachbarn Wirklichkeit werden könnten, zumal man sich in Verhandlungen einließ. Das Bodenamt, das zu diesem Zweck im Oktober 1919 errichtet wurde, ließ vielfach mit sich handeln, die Enteignungen der Industrie wurden ganz zurückgestellt, Enteignungsverfahren wurden abgebrochen, so daß man sich allgemein in dem guten Glauben wiegte, daß die machthabenden Faktoren zu einer besseren Einsicht gelangt seien. Es enttäuschte man daher, als man sich bei nur scheinbaren Zuredensweisen bewußt wurde und lediglich eine Änderung der Enteignungsmethoden Platz griff. Ganz intensiv ging das Bodenamt an die „Eigentümerversicherung“. Alle Proteste selbst vor dem Widerstand, alle wissenschaftlichen Verrechnungen der Industrie und Landwirtschaft blieben erfolglos. Ja, selbst der wiederholte Mahnruf des Pragerischen Nationalrates blieb ungehört. 1921 stellte der Präsident der Republik das Verlangen nach einer Reform des Bodengesetzes, die aber bis heute ausblieb. Es sind der Stimmen selbst im tschechischen Lager nicht wenige, die dieses Gesetz als das ungeschickteste bezeichnen, was das Prager Parlament je beschloß, und verhängnisvoll moralisch wie wirtschaftlich wirken muß. Aber die Revolution steht, weil sie Revolution ist, rat- und machtlos den Abänderungsvorschlägen gegenüber. Parlamentarisch unter der gegenwärtigen Zusammenfassung ein diesbezügliches Abänderungsgesetz durchzuführen erscheint in der Tat unmöglich, die Reform des Bodengesetzes ist an die Mitarbeit der Deutschen im Prager Parlamente geknüpft und könnte nur mit Hilfe dieser durchgeführt werden. Solange dieses nicht der Fall, bleibt die Verhängnisvollheit im Staatsrat bestehen, läßt nicht nur jede Investitionstätigkeit, sondern verhindert auch den Abverkauf oder die Verlegung von Betrieben, erschwert die Hypothekendarlehenbeschaffung, hemmt die Verwaltung und fügt der gesamten Volkswirtschaft des Staates einen tiefen Schaden zu.

Erstaunend groß ist die Zahl der bereits in aller Stille im sogenannten „freiwilligen Abtretungsübereinkommen“ durchgeführten Bodenenteignungen. Das staatliche Bodenamt hat von Beginn seiner Wirksamkeit bis Ende 1922, wie es ein offizielles Blatt darüber, die vorbereitenden Arbeiten des Enteignungsamtes während der Konfiskation des der Sperrte unterliegenden Bodens durchführt, welcher 28,2 Prozent des gesamten Bodenbesitzes der Republik, also 3.968.064 Hektar mit 1700 Eigentümern umfaßt. Von diesen entfielen 563 auf Böhmen, 197 auf Mähren, 53 auf Südböhmen, 873 auf die Slowakei und 71 auf Karpathen-Rußland. Von dem beschlagnahmten Boden wurden 141.173 Hektar an 205.182 Familien in höchstens sechsjährige Zwangsparzellen gegeben und 6394 Hektar an 82.651 Interessenten zu Parzellen abgetreten. Außerdem wurden von 128.557 Richtern langfristiges Pachtverhältnis mit 101.119 Hektar für den Betrag von 179.083.880 Kronen übernommen. Damit wurde die eigentliche Vorbereitungsperiode abgeschlossen und mit der Inkorporation begonnen, die am Ende v. J. 183.913 Hektar zugeteilten Boden umfaßt, wovon auf Böhmen 80.836, auf Mähren und Südböhmen 28.828, auf die Slowakei 48.749, und auf Karpathen-Rußland 17.000 Hektar entfielen. Die Zuteilung erfolgte nach völliger Enteignung im Eigentum der Bewerber. Von den 116.000 Beteiligten gehören 85 Prozent der Landwirtschaft, 17 Prozent dem Kleinhandel, 8 Prozent dem Stande der Industriearbeiter, 5 Prozent dem der Angestellten der Großgrundbesitzer und 15 Prozent anderen Berufen an. 418 Registrator im Ausmaß von 34.431 Hektar wurden bis Ende 1922 geschaffen, wovon 85 Prozent im Eigentum und 15 Prozent in Pacht zugeteilt wurden. In 674 „tschechische“ Kolonisten in der Slowakei und Karpathen-Rußland wurden 6000 Hektar für 19 Kolonien abgetreten, wozu das offizielle Organ bemerkt, daß in der Kolonisationsaktion fortgeschritten wird. Waldlandwirtschaftlichen Bodens, wie Waldungen und Teiche, wurden bisher insgesamt 92.350 Hektar zur Aufteilung gebracht. Von Waldkomplexen gingen 73.000 Hektar in die Hände des Staates über. (Ob hier hortschlich Grenzveränderungen zu verzeichnen sind, spricht der Tätigkeitsbericht des Bodenamtes nicht aus, dürfte aber wahrscheinlich als solcher aufzufassen sein.) An der Bodenreform waren bisher 543.803 Interessenten mit 824.878 Hektar Boden beteiligt.

Was die Kürzungen angunsten der Angestellten des enteigneten Großgrundbesitzes betrifft, so ist diese eine vierfache. Erstens durch Bodenenteignung, zweitens durch Unterbringung in andere Stellen, drittens durch Werkvermittlung, viertens durch Pensionen. Bis Ende 1923 wurden 7783 Angestellte mit einem Gesamtanwartsrecht von 16.484.050 Kronen „sichergestellt“, und zwar durch Bodenübertragung 14,7 Prozent, durch Ersparnisse 44,1 Prozent, durch Aufgebote 2,9 Prozent und durch Entschädigungen 35,7 Prozent. Wie diese Entschädigungen, Aufgebote usw. beschaffen sind, geht aus den vielfachen Schilderungen der Entlassenen selbst hervor, die in diesen Angelegenheiten lediglich ein Taschengeld haben, nie aber damit ihren Unterhalt freisten können. Der amtliche Bericht sagt, daß in diesem Jahre die Zuteilung an Arbeiter in wesentlich gesteigertem Maße wird erfolgen können, nachdem die Zahl der Beamten der dem Bodenamt unterstellten Distrikts-

ämter und Kommissariate bedeutend vermehrt wurde. Von den in nächster Zeit zur Verteilung gelangenden 20.000 Hektar beschlagnahmten Bodens sollen in diesem Jahre 180.000 gegen 104.000 im Vorjahre aufgeteilt werden. Die Hälfte der beschlagnahmten landwirtschaftlichen Fläche hat bereits ihren Eigentümer gegen ihren Wirtschaftler gewechselt.

Das Bodenamt hatte ein verhältnismäßig leichtes Spiel bei der Beschlagnahme, da die meisten Großgrundbesitzer sich zufolge der gesunkenen Rentabilität der Landwirtschaft und Fortwirtschaft sowie der ungewöhnlichen Belastung durch die Vermögensabschwächung und durch den Besitz uneingelöster Kriegsanleihen in katastrophaler finanzieller Lage befanden. Durch diese Umstände gezwungen, war der Großgrundbesitzer geneigt, im Vorhinein einen Teil des Besitzes abzutreten, um sich zu entlasten, weshalb die Zahl der sogenannten freiwilligen Abtretungsübereinkommen sehr groß ist. Wo aber der Eigentümer sich nicht dazu bereden wollte, fand das Bodenamt: „Und folgst du nicht willig, so brauch ich Gewalt“, vollinhaltliche Anwendung, denn dem Staate sind durch die draconischen Bodengesetze Mittel anhand gegeben, die mit Moral und Recht nicht mehr zu tun haben. So kann er mit minimalen gesetzlichen Entschädigungen, mit geringwertigen unfindbaren Geschenken einschreiten. Daß der Staat die Bodenenteignung noch dazu bewilligt, um große Zwischengewinne einzuflecken, klingt fast unglücklich und doch ist es Tatsache. Hierfür nur ein Beispiel: Die Herrschaft Blumau erhielt für den Staat enteigneten Boden 2000 Kronen, der Johann mit 5000 Kronen an den Bodenbesitzer abgegeben wurde. Viele Fälle soll es geben, wo die Spannung eine noch größere ist, wenn auch davon Regier- und Abfindungen in Abzug kommen, so bleibt immerhin noch für den Staat ein schöner Gewinn übrig. Es kann die Tatsache auch nicht geleugnet werden, daß die Bodenbesitzer nicht immer vorliebig gekauft haben, im Gegenteil, im freien Kaufe in den meisten Fällen besser gefahren wären. Viele Fälle gibt es auch, wo der Boden einfach „übernommen“ wurde, ohne daß hierfür ein Preis und die Art der Zahlung vereinbart worden wäre. Natürlich blieb auch dieser jedwede Vergütung für diesen Boden aus, man mißte mit Zug und Recht wohl von einem Raub sprechen kann.

Es muß sonderbar anmuten, daß das Bodenamt bis zur Stunde noch keine Meldung gemacht hat. Es liegen lediglich die vorbereiteten Pläne der Censurbehörde vor, nicht aber das finanzielle Ergebnis, geschweige denn eine wissenschaftliche Studie über den volkswirtschaftlichen Wert der bisherigen Enteignungen auf Grund der damit gemachten Erfahrungen. 8 Millionen Reichsmark betrug bereits der Wert der beschlagnahmten Fläche, also ein volkswirtschaftlicher Faktor, der erstens Beachtung wert wäre, aber dennoch vollständig „in camera caritate“ ohne jegliche Kontrolle, wie es der Präsident der Repu-

lik selbst offen erklärt hat, was dem Bodenamt umso leichter fällt, nachdem es bisher noch keine Untersuchungen in seine Reize aufgenommen hat und selbst unter den Gleichgültigen sich nur wieder die „Lichlinge“ finden, die dafür alljährlich 84 Millionen Kronen einsehen. Es besteht wohl eine Verbindung mit dem Parlamente, die jedoch noch aus den Mitgliedern des 1920 bereits aufgelösten Revolutionsparlamentes besteht. Trotz Ablauf der gesetzlichen Funktionsdauer im Jahre 1922 fanden bis jetzt noch keine Neuwahlen statt. Alle, die da glauben, mit Interventionen oder dergleichen diesen für eine Demokratie unzulässigen Zustand zu beilegen, laufen vergebend Sturm.

Ein bereits vom Präsidenten Masaryk gerichteter Nebelhauch, ja Widerspruch des Gesetzes ist es, für die Enteignung den Wert des Bodens im Jahre 1914 in Rechnung zu ziehen, während die Vermögensabgabe auf dem Werte von 1919 basiert und die enteigneten Gründe mit einem Wert, dem auch unzulässig die Vermögensabgabe und die Zuwachsabgabe für die enteignete Fläche nur auf den Entschädigungswert eingerechnet werden, so bleiben trotzdem alle Lasten, wie Patronatspflichten, zur Hälfte dem Großgrundbesitzer vorbehalten. Das Finanzministerium, dessen Interesse dem des Bodenamtes entgegensteht, sträubt sich, die ungeheuren Abgaben des Großgrundbesitzes in Form von Immobilien anzunehmen, obwohl dies unter den gegenwärtigen Verhältnissen die einzige Möglichkeit bietet, daß sich der Großgrundbesitzer einigmaßen von seinen Verpflichtungen dem Staate gegenüber nachkommt, der durch die vielfach geradezu willkürliche Enteignung seine Existenz bedroht sieht. Einen Vorteil haben bisher aus der Enteignung nur die neuen Besitzer erlangt, während die Städte- und Industriebelebungen nur schwere Nachteile zu verzeichnen haben, da eine intensive Verwirklichung der Kleinbetriebe bisher nicht erzielt werden konnte. Aber auch die agrarischen Industrieen haben unter der Auswirkung der Bodenreform immer zu leiden und der Staat kann bereits einen großen Fehlbetrag an Steuern verzeichnen. Aber auch die Abwände der veräußerten Positionen nehmen in erschreckendem Maße zu und indirekt das Staatsdefizit nicht unwesentlich beeinflussend. Von der Produktivität des Bodengesetzes sind sich heute schon zahlreiche, selbst tschechische Parteien bewußt und wird der Widerstand gegen das Bodenamt selbst seitens des Finanzministeriums immer schärfer. Doch dieser Einsicht muß ein „Ja“ folgen, insofern werden, denn viel ideale und materielle Werte sind indes unersetzlich verloren gegangen. Einer gesunden und maßvollen Bodenreform wird sich gewiß niemand widersetzen. Auch der Großgrundbesitzer nicht, der sich in der Tschechoslowakei freiwillig erbotig machte, einen Teil abzutreten. Was aber in der Tschechoslowakei unter diesem Namen getrieben wird, kann in keiner Hinsicht Gerechtigkeit finden, sondern muß als ein Akt wider Moral und Recht bewertet werden.

# Sanktionierter Diebstahl oder Gerechtigkeit?

## Grundriss zum Aufwertungsproblem

I.

Die Inflation und der durch sie verursachte Zusammenbruch unserer Währung ist zum schwersten Unrecht an deutschen Völkern geworden. Nach der erzwungenen Restriktionierung — die hoffentlich bald in eine endgültige überführt werden wird, — treten die Erläuterer und Minderer umso grauenvoller zutage, die die Verdrängung der Inflation geschaffen hat. Nicht nur unzählige Privatleute, sondern auch zahlreiche juristische Personen sind um ihren einzigen Besitz gekommen. Unsere große wirtschaftliche Not beruht im allgemeinen nicht auf einer Verkümmern wirtschaftlicher Werte — das deutsche Volk hätte wahrlich Kraft und Mut genug, die schwersten wirtschaftlichen Verluste mit Würde zu tragen — denn trotz aller feindlichen Rückschlüsse und aller wirtschaftlichen Desorganisations sind unsere wirtschaftlichen Werte im allgemeinen in ihrer Substanz erhalten geblieben, mögen sie auch heute zum großen Teil brach liegen und die deutsche Volkswirtschaft zur Lebensunfähigkeit verdammt sein. Von viel größerer Tragweite ist vielmehr die Tatsache, daß im deutschen Wirtschaftsleben eine Umwertung aller Werte vor sich gegangen ist. Mit der Willen hat der Staat auf wirtschaftlich-rechtlichen Gebieten ein Chaos geschaffen, das beispiellos in der Geschichte dasteht. Die Inflation hat zwar keine wirtschaftlichen Werte vom Erdboden verschwinden gemacht. Ihr ganzes Verhängnis hat sich aber auf rechtlichen Gebieten ausgewirkt. Die schwersten Kreditverträge sind zum weitesten größten Teil mit dem Zusammenbruch der alten Währung vernichtet worden.

Mit beispielloser Konsequenz hat die Inflation jenes keine komplizierte Gewebe von langfristigen Schuldverträgen zerstört, das eine Hauptgrundlage der Eigentumsordnung in der modernen Kaufmannschaft bildet. Wohl hat dem Staat die Pflicht einer derartigen Zwangsenteignung weiterer Vorkaufsrechte und einer derartigen Vermögensumschichtung fernzulegen. Die Tatsache aber läßt sich nicht weglassen, daß viele Kreise, und wahrlich nicht die schlechtesten, bitteren Unrecht erlitten haben, weil sie mit ihren gültigsten bestehenden Inkassos auf den Staat als den Schlichter von Recht und Gerechtigkeit vertrauten. Man hat das Geld gutachten als ein Recht bezeichnet; das deutsche Geld ist zu einem bitteren Unrecht geworden!

Es ist dieses schwere Unrecht überhaupt wieder gut zu machen? Was ist die grundlegende Frage, die heute die breitesten Öffentlichkeit bewegt und die man schlechthin als „Aufwertungsfrage“ bezeichnet. Die sogenannte Hypo-

thekenaufwertung ist nur ein Teil des Schuldenaufwertungsproblems überhaupt, was schon daraus erhellt, daß A. ein großer Teil der Sparleistungen der öffentlichen Sparkassen, die alle die Sparfremigen der breiten Massen bedeuten, als hypothekarierte Darlehen auf dem Kapitalmarkt in Erscheinung getreten sind. Nun zu dem vielumstrittenen Problem, das man verschiedenartig schon für unlösbar gehalten hat, die richtige Einstellung zu gewinnen, ist es notwendig, von der allgemeinsten Grundlage aller sanktionierten Schuldforderungen auszugehen.

Wie konnte es überhaupt zu einer derartigen Verletzung der Begriffe von Recht und Unrecht und Wert und Wertlosigkeit? Die äußere Ursache ist zweifellos die Geldentwertung, der A. komplizierte Ursachenzusammenhänge hier freilich außer acht bleiben müssen. Sie geht letzten Endes zurück auf das Währungsrecht vom 1. August 1914, das die Pflicht der Reichsbank zur Einlösung ihrer Banknoten in Gold aufhob, und letztere durch Verteilung des Zwangskurses zum gesetzlichen Zahlungsmittel machte. Auf das Schuldverhältnis aber hätte dieses Währungsrecht und die daraus resultierende Geldentwertung nicht von so großem Verhängnis werden können, weil man alle diese Wertverhältnisse auf der Basis der Goldwährung entwerfen mußte. Von größerem Verhängnis ist hier die unüberwindliche Bundesratsbeschlusnahme vom 28. September 1914 geworden, die bestimmt hat, daß die vor dem 31. Juli 1914 getroffenen Vereinbarungen, nach denen eine Zahlung in Gold zu erfolgen hat (sogen. Goldklausel), bis auf weiteres nicht verbindlich seien. Diese Aufhebung der Goldklausel der Goldverhältnisse hat die Unterwerfung der Schuldverhältnisse für und vor, dadurch, daß sie das Schicksal der Schuldkommen mit dem Schicksal der Papiermark auf Gold und Silber verknüpft hat. In der Vereinbarung von dieser schwerwiegenden Maßnahme hatte man damals ausgesprochen, daß zu einer Zeit, zu der die Reichsbank die Einlösung ihrer Banknoten gegen Gold verweigere, während der Verfall der Vollwertigkeit der Noten anerkenne, die vorübergehende Aufwertungsmaßnahme geboten sei, damit der Schuldner gegen unheimliche Ausnutzung der Goldklausel geschützt werde, daß die Aufhebung der Goldklausel aber auch unbedenklich sei, weil die Schuldverhältnisse in keiner Weise herabzusetzen, die wollen heute nicht darüber rechten, daß diese Begründung fürchtbar unrichtig gewesen ist, denn erst die letzten Jahre haben und einen währungsrechtlichen Anstandungsunterricht erteilt, von dem man 1914 noch nichts ahnen konnte. Sowie sich aber seit, daß es ein Verhängnis war, in dieser Weise in das freie Vertrags-

# Die Scholle

Roman von Georg Julius Petersen.

(38. Fortsetzung.)

Also morgen war Hochzeit auf der Wölke... Die Wölke riefte trotz der Verhöhnung des Vaters bitter und offenherzig des eigenen Herzens Wünsche. Warum wohl Worte nicht davon geschrieben hätte? ... Sollte sie dem fernen Geliebten nicht weihen? Hoff kam es ihm so vor, denn ihre Briefe brachten eine unbegrenzte Liebe aus. Und was sie an praktischen und nachahmlichen Dingen zum Weihnachtsfest geschickt hatte, konnte der Mädchenart, daß die Liebe durch den Wagen gebe, starke Beweiskraft geben. Im Augenblick fehlte dem Nachdenklichen die Lust, die gewöhnlichen Pakete zu öffnen.

Von Gottfried war nichts gekommen. — Es herrschte eine bewogene Stimmung in dem engen, düsternen Raum. Es wurde geschmaut, gelacht, geschert und müffelt. Aber aus dem Lachen und Scherzen löste sich hier und da ein sehnsüchtiger Laut los, ein verhaltenes Klagen, und die Wandharmonika, diese Orgel des Stollens, gaberte ein Wehndelndes hervor. Naude Reulen begleiteten es, während die Gedanken eigene Wege gingen.

Was hätte sich auf sein Lager gelagert, er beschäftigte sich an nichts. Christian Hoffte hatte dieses Weh mit ihm, er hätte ihm gern etwas abgehört, aber die Ablehnung, die andere vorher erfahren hatten, hinderte ihn daran, einen ähnlichen Versuch der Annäherung zu machen.

Nach und nach wurde es still, von der einen oder andern Lagerbank wurde schon ein Schnarchen laut. Schließlich sah Christian Hoffte nur noch allein unter dem trüben brennenden Licht einer Kerze und las zum so und so vielen Male die Wölke aus der Heimat. Unsel Friedrichs Brief löste ein halbes Lächeln aus dem ersten Hagen, und dann ging der Einsame daran, die beiden letzten Pakete von ihrer Umhüllung zu befreien. Das eine gehörte noch zu der Serie seiner Briefe, das andere war von den Eltern. Er öffnete das letztere zuerst. Es war ein flacher, ziemlich großer Karton. Oben lag ein Packen, von denen er schon im Lieberstuf empfangen hatte. Aber was war das? ... Ein leichtes Stoffs, in Seidenpapier gehüllt. Mit einem Zettel ver-

sehen, auf dem in der charakteristischen Handschrift seines Schwagers Prager stand: „Deine Heimat, Franz.“ Und dann freiste Christian das Papier ab. Seine Augen wurden groß, während sich aus der Brust ein dumpfer Laut erhob.

Da lag, von Kunstleder umschlossen, das vor ihm, wozu sein Herz sich verzehrte und was er zuweilen in seltsamen Visionen vor sich sah: die Wölke. Die brennenden Augen wollten sich löser in das Bild hineinsehen, jede Gasse, jeder Winkel des alten Klosters wurden, soweit sie sichtbar waren, mit feierlichen Zeichen umhüllt. Christian Hoffte legte das kostbare, föhliche Geschenk wieder in den Karton und erlitt dann alle Schmerzen des Heimwehs. Er wollte hinausgehen, um frische Luft zu atmen und anzusehen der ewigen Gestrirne seine und der Menschheit Kleinheit und Bedeutungslosigkeit zu ermessen.

Er war schon oben am Stollenausgang, als er wieder umkehrte. Es war Mondschein draußen, vielleicht machte sich das Bild in der fahlen Beleuchtung noch eigenartiger und schöner. Das war die Begründung, die der junge Mann sich selber gab, als er das Bild an sich nahm und hinausging.

Er schritt an dem Grabenpfosten vorbei, mit dem er einige Worte wechselte, und suchte dann einen Winkel auf, der ihm schon einmal als Ruheplatz gedient hatte. Es war eine — jetzt schon etwas verfallene — Schießscharte in einem toten Graben. Sogar eine kleine Bank und ein Tischchen fanden noch darin.

Ja, die Erwartung trug nicht: in dem matten, gepensterten Licht des Mondes strömte das Bild noch einen ganz anderen Zauber aus. So genau so sah die Wölke aus, wenn sie vom Mondlicht umflossen in schwebenden Sommernächten dasag, wie träumend von alten Zeiten. Wie schön hatte Prager diese Stimmung getroffen, wie liebevoll war er bei seinem Wehndelndes. Wie zweifelhaft war aber auch der Wert seines Wehndelndes geblieben, an den Gefühlen gemessen, die es in dem Bescheidenen auslöste. Christian Hoffte erwa allen Erustes, das Bild schon morgen wieder zu verpacken und es heimzuführen; es gab Dinge, die man nicht ungestraft betrachten durfte. Aber dann bewarb er den Gedanken wieder; vielleicht leute sich mit der Zeit der bittere Schmerz, und das Bild wirkte trübend und ermüdend auf ihn, weil es ihm die Heimat, die sonst den Gedanken als Spielball diente, so sinnlos vorzubereite.

So sah er, völlig weltberäsen, in seinem Winkel beiden Kreuze und Lehmannen und verlebte, halb auf der Erde, halb über bei den schwebenden Gestirnen, die Christnacht...

Er mochte nicht, wie lange er schon geistlich hatte. Aber plötzlich fuhr er zusammen: hinter ihm bewachte sich etwas. Er war nicht furchtsam von Natur, im Augenblick aber schritt er, wie er zitterte; er schloß sich aus einem solchen Traum geflücht. Er wandte den Kopf, um erkannt zu sehen, wie eine seltsame Gestalt sich wieder durch den engen Zugang entkrante.

„Grüß!“ rief Christian Hoffte halblaut. „Grüß! bist du es?“

„Ja, aber ich sehe schon wieder.“

Christian sprang von seinem Sitz auf.

„Bleib!“ gebot er, und der Berliner mochte tatsächlich lehren und trat aus dem Gang in den kleinen, vierfüßigen Raum. Er mochte aber einen so verlockenden Eindruck, daß Christian Hoffte unwillkürlich fragte:

„Was hast du, Prager?“

„Ja, Prager. Aber du bist jut und lebst deine Leben im Stollen weg. Wenn mal verschwinden is, best et der Prager hat's gefehlet.“

„Bist du gekommen, um mir das zu sagen, Prager?“

„Wenn du nicht dasjenige hast.“

Christian Hoffte mochte nicht, wie er das veränderte Gesicht Pragers deuten sollte. Ihm kam das Wort von der Entschädigung, die der Aufstake vorausgeht und dadurch die eigene Täterschaft verrät, ins Gedächtnis; aber nein, man konnte dem Berliner dieses nachsagen, einen Diebstahl nicht. Und weil er sichtbar Angst hatte, in einen böshen Verdacht zu kommen, wenn von den Schänden des Hauptverführers etwas herbeizubringen sollte, so sprach das zu seinen Gunsten und ließ ihn zarter von Charakter erscheinen, als er sich im Umgang gab.

Diese Erkenntnis stimmte Christian froh. Er, der in den Menschen gern das Gute sah, freute sich, ein verändertes Gesicht offenbaren zu sehen. In dieser Stunde löste diese Wahrnehmung doppelte Freude in ihm aus. Denn nun konnte er es wagen, dem armen, verkränkten Kameraden von seinem Wehndelndes geben anzubieten, ohne befürchten zu müssen, sich einen Stab zu holen.

(Fortsetzung folgt.)



recht eingetreten zu dem bloßen Zweck, den Schuldner vor unangemessener Ausnutzung des Gläubigerrechts zu schützen.

Ohne Zweifel hätte man diesen Schuldnerschutz auch auf andere, weniger gefährliche Wege erreichen können. Man hat auf diese Weise den Schuldner dadurch geschützt, daß man den Gläubiger rechtlich tot machte. Der Gesetzgeber von 1914 hat freilich, wie er ausdrücklich betont, den Gläubiger in seiner Weise benachteiligen wollen. Die Entwicklung hat aber nicht nur zur Benachteiligung, sondern zu völliger Entrechtung dieser Gläubiger geführt. Der Fiskalismus am 1. Januar 1924 hat am allerbesten die verfallene Lage illustriert. Eine Forderung für derartig entwertete Darlehen war einfach ein Ding der Unmöglichkeit.

Was soll geschehen? Das Chaos ist auch auf diesem Gebiete soweit gediehen, daß etwas geschehen muß, soll nicht nur das Ansehen des Staates den schwersten Schäden leiden, sondern vor allem auch die Wirtschaft wieder in Gang kommen, in der die Auswirkungen dieser Kapitalentwertung die schwersten Hemmnisse verursachen. Der ethische Standpunkt fordert prinzipiell die Aufwertung, die Wiedereingliederung der Gläubiger in ihre alten Eigentumsrechte. Es widerspricht den einfachsten Grundgesetzen von Recht und Gerechtigkeit, wenn beispielsweise ein Hypothekenschuldner ein in Geldmarkt aufgenommenes Darlehen mit einem völlig wertlosen Papierfiskus, den man gänzlichfalls noch im Papierfisch zu finden vermag, rechtsgültig zurückzahlen könnte. Die Gerichte haben sich an die gesetzlichen Währungsbestimmungen gehalten, die Aufwertung des Goldkaufes besetzt natürlich heute noch die Aufwertung — gehalten und die Aufwertung abgelehnt, bis auf einige höhere Oberlandesgerichtsurteile (Darmstadt, Danzig), welche die Aufwertung anerkannten. Allgemeine Beachtung hat aber dann das bekannte Reichsgerichtsurteil vom 28. November 1923 gefunden, in dem der oberste deutsche Gerichtshof für die Aufwertung Stellung nimmt mit der Begründung, daß die Bestimmungen des deutschen Währungsrechtes der Aufwertung nicht entgegenstehen, da der Gesetzgeber an die Wertentwertung mit ihren Folgereseignissen nicht gedacht und auch die Bestimmungen des § 242 B. G. B. über die Grundzüge von Treu und Glauben mit Rücksicht auf die Verkehrssitte nicht außer Kraft gesetzt habe. Ohne an der Aufwertungsfrage der Goldkaufes zu rütteln, kommt also das Reichsgericht zur Forderung einer individuellen Entscheidung der einzelnen Fälle, was zumindern einen mutigen Schritt zur Wiederaufnahme auf dem Wege des Rechtes bedeutet. Ebenso wird vom wirtschaftlichen Standpunkte aus die Aufwertung prinzipiell gefordert. Es gibt keine andere Möglichkeit, die Positionen — um ein Hauptwirtschaftsgebiet herauszugreifen — wieder in den normalen Gang zu bringen, die in allen ihren Auswirkungen für den normalen Gang des Wirtschaftslebens von ausschlaggebender Bedeutung ist.

Umso unerklärlicher muß es unter solchen Umständen erscheinen, daß an verantwortlicher Stelle ein allgemeines Aufwertungsverbot überhaupt diskutiert werden konnte. Ein solches Verbot hätte die augenfällig durch den Gang der Entwicklung herbeigeführte Enteignung der Gläubiger zu einer dauernden und rechtsgültigen gemacht. Mit anderen Worten, der Staat hätte das größte Unrecht aller Zeiten gesetzlich sanktioniert. Damit wäre der Staat selbst zum offensichtlichsten Unrecht geworden. Der deutsche Episkopat mit seiner moralischen Macht hat durch Kardinal Verheym in vollem Bewusstsein seiner hohen moralischen Verantwortung in einem Schreiben an das Reichspräsidenten des Staates appelliert und vor Maßnahmen gewarnt, die in ihren Wirkungen eine unumkehrbare Verletzung der in Darlehensverträgen gesicherten Rechtsbeziehungen bedeuten müßten, indem sie den Inhalt und Sinn der zwischen Gläubiger und Schuldner getroffenen Vereinbarungen verletzen durch Gleichstellung einer vollständig wertlosen Sache mit dem zum Ruben des Darlehensnehmers hingebenen wertvollen Vertragsgegenstande. Er hat gewarnt vor Maßnahmen, die in ihren Folgen verhängnisvoll für weite Volksteile und für wichtige dem Volke dienende Institutionen werden müßten. In gleicher Weise hat Kardinal Faulhaber in München von der Kanzel der St. Michaelskirche auf dieser feierlichen Frage Stellung genommen. Er hat betont, der Rechtsstaat habe die Pflicht, gegen die Ausplünderung der Hypothekengläubiger einzuschreiten, und wenn er scheitern brauchte, die Steuerlast möglichst gerecht nach der Tragfähigkeit der Schultern zu verteilen. Es handelt sich hier in der Tat um ein eminent ethisches Problem, um die Frage: Will der Staat wieder der Hüter von Moral und Gerechtigkeit sein oder will er das siebente Gebot in Ketten schlagen? Die Aufwertungsfrage verneinen, siehe den Diebstahl gesetzlich sanktionieren! Wenn sich die katholische Ethik mit Recht für die Erhaltung des Privateigentums einsetzt, dann muß sich jedes christliche Volk gegen einen derartigen Eingriff in die Privatrechtssphäre ganz energisch aufbauen, zumal wenn er in den tatsächlichen Verhältnissen ganz und gar nicht begründet ist. Eine Enteignung im sozialistischen Sinne zugunsten des Staates wäre in der Tat noch schlimmer als die Enteignung der Gläubiger, wie sie ein allgemeines Aufwertungsverbot des Staates mit sich bringen würde.

Was hat diesen Plan des allgemeinen Aufwertungsverbotes bewirkt? Soll das allgemeine Aufwertungsverbot beschlossen werden, so ist die Aufwertung jetzt liegen, scheint man auf eine beschränkte Aufwertung zusammen zu kommen. Man nennt als obere Aufwertungszone 10, nach anderen Annahmen 20 Prozent des Goldwertes. Jeneifolles bedeutet eine derartige Regelung eine Verletzung. Das Recht der Aufwertung wird damit prinzipiell anerkannt. Gleichwohl muß man auch gegen diese Teilaufwertung aus prinzipiellen Gründen Stellung nehmen. Das Unrecht vermindert nicht dadurch, daß man es mildert. Die Teilaufwertung ist keine Lösung, falls sie als endgültig betrachtet werden soll, wie man amlichsenfalls betont. Es handelt sich hier in keiner Weise um eine einfache Verteilung für die Gläubiger, ganz gleich, ob es sich um den kleinen Sparner, den Kleintrentner, oder einen Kapitalisten handelt. Es geht hier einzig um Recht und Gerechtigkeit, um den Schutz des Eigentums und um die Wahrung unserer Wirtschaft, mit deren planvollem Wiederaufbau baldigst ernst gemacht werden muß. Die dritte Steuerberechnung aber, die diese Fragen regeln soll, kann zu einem schweren Mißtrauf werden, an dem die Gläubiger nicht weniger als das Staatsganze schweren Schaden leiden wird. Diesen Mißtrauf sollte man sich ersparen! Kein vernünftiger Mensch wird verlangen, daß die Gläubiger in

ihren Gesamtheit von heute auf morgen in ihre vollen Rechte wieder eingesetzt werden sollen. Dazu ist das Problem viel zu schwierig. Verlangen aber muß jeder, der an die Gerechtigkeit als Grundlage jedes Staatswesens glaubt, daß umgekehrt die Gläubiger auch nicht von heute auf morgen durch einen Federstrich ihrer ganzen Rechte oder auch ihres größten Teiles für immer beraubt werden. Es liegt absolut kein zwingendes Grund dafür vor, daß der Staat schon heute eine endgültige Regelung trifft. Im Gegenteil, eine sofortige zufriedenstellende Regelung ist im Augenblick ein Ding der Unmöglichkeit. Diese fest unbedingte eine schonende Planmäßigkeit auf lange Zeit voraus, will man nicht den wirtschaftlichen Aufstieg Deutschlands auf Jahre hinaus überhaupt verbauen.

Ein solches Vorgehen des Staates würde einen unvorstellbaren Eingriff in die Privatrechtsordnung bedeuten. Ja noch mehr, es würde offensichtlich gegen das deutsche Grundrecht, die Weimarer Verfassung, verstoßen, die in ihrem Artikel 155 Abs. 1 das Eigentum gewährleistet. Aus diesem Grunde hat der Reichsrat beim Reichsgericht an die Reichsregierung ein morales Schreiben gerichtet, in dem er betont: „Es könnte der Fall eintreten, daß derjenige, der sich auf ein solches Gesetz (Aufwertungsverbot) berief, von den Gerichten aller Instanzen abgewiesen würde mit der Begründung, das Gesetz sei verfassungswidrig und unzulässig und daher nicht zu befolgen.“ Recht muß doch Recht heißen! Es wäre ein Verhängnis für das Ansehen eines Rechtsstaates, wenn es zu derartigen Kontravenzen zwischen verletzten staatlichen Gesetzen und Rechtsprechung erst kommen sollte! Nicht Aufhebung der Rechtsordnung, sondern Wiederaufbau der Rechtsordnung tut uns bit-

ter not. Eine endgültige Regelung der Aufwertung ist im Augenblick weder nötig noch möglich, da hier unbedingt die allgemeine Lage unserer Wirtschaft und die besondere Lage von Gläubigern und Schuldner in jedem einzelnen Falle mitzureden muß. Die Aufwertung an sich ist also überhaupt kein Problem, sondern eine Herbeiführung der Gerechtigkeit und des natürlichen Rechtes, das durch das positive Staatsrecht geschaffen worden ist. Das Problem liegt einzig und allein in der Frage: In wie weit eine Aufwertung möglich und in welchem Maße? Eine Fragestellung, der wir in einem weiteren Aufsatz in diesem Zusammenhange nachgehen wollen. M. D.

Grundsätzlich 10 Proz. Hypothekenaufwertung

Berlin, 29. Januar. In der Frage der Hypothekenaufwertung ist jetzt die Entscheidung gefallen. Die Verhandlungen zwischen dem Reichsfinanzministerium, das der Hypothekenaufwertung ablehnend gegenüberstand und dem Reichshilfsministerium, das an der Aufwertung festhalten wollte, haben jetzt zu einem Ergebnis geführt. Danach wird im Rahmen der 3. Finanzordnung die Hypothekenaufwertung generell auf 10 v. H. des Verfallenswertes begrenzt werden. Nur in Ausnahmefällen kann durch gerichtliche Entscheidung darüber hinaus bis zu 25 v. H. gegangen werden. Es ist anzunehmen, daß das Kabinett in seiner heutigen Sitzung Verhandlungen zwischen den beiden zunächst beteiligten Ministerien annehmen wird. Ob für die Aufwertung von Obligationen derselben Aufwertungsgröße festgelegt werden, steht noch dahin.

Berlin, 29. Januar. Heute findet eine Kabinettsitzung statt, die sich mit der Frage der Hypothekenaufwertung beschäftigt wird.

Handel, Wirtschaft, Verkehr

Wirtschaftszahlen am 29. Januar

Table with 2 columns: Category and Value. Includes Gold-Ankaufpreis, Silber-Ankaufpreis, Regierung des Goldfranks, Großhandelsbruttowert, Dresdner Nichtzahl, Sächsische Gesamtzahl, Reichsbruttowert.

Berliner Produktenmarkt

Berlin, 28. Januar. Preise für Getreide und Leguminosen für 1000 Kilogramm, fest für 100 Kilogramm ab Station. Preise in Goldmark (120 Goldmark ist gleich 1 Dollar der Goldmark): Weizen märkischer 155-151, Roggen märkischer 131-131, Gerste 132-130, Hafer 154-162, Mais märkischer 101-107, pommerscher 98-101, Pa-Pinta-Mais ab Hamburg 167-168, Weizenmehl 22,75-25, Roggenmehl 20,75-22,50, Weizenmehl 7,40 bis 7,60, Roggenmehl 6,50-6,80, Mais 280-2,85, Weizenmehl 4,25, Viktoria-Grün 33-34, Kleine Speisefrüchte 17-21, Futtererbsen 11 bis 13, Bohnen 12-14, Erbbohnen 12-14, Bohnen 15-15,50, Lupinen, blaue 15-14, gelbe 15-17, Erbsen 14,50-16, Raps, schwarz 10,50-10,75, Leinöl 22-23, Troadenschmelz 7,50-7,80, Butter, fest, vollwichtig 17,50-18, Kartoffelknollen 16,30-16,40.

Leipziger Großhandelspreise

Leipzig, 28. Januar. Die Preise für Getreide und Leguminosen für 1000 Kilogramm, fest für 100 Kilogramm ab Station. Preise in Goldmark (120 Goldmark ist gleich 1 Dollar der Goldmark): Weizen und Roggenmehl, braunrot, 0,45 bis 0,70, Hafermehl, braunrot 0,35-0,50, Gerstenmehl 0,35-0,50, Roggenmehl, langes, gebührend, 0,35-0,45, Roggen- und Weizenmehl, braunrot 0,35-0,45, Weizenmehl 1,05-1,25, Weizenmehl, langes, 0,85-1,05, Weizen, gelbes, handelsübliches 0,85-1,05, Weizen, gelbes, 0,35-1,25.

Dresdener Produktenmarkt

Dresden, 28. Januar. Die Preise für Getreide und Leguminosen für 1000 Kilogramm, fest für 100 Kilogramm ab Station. Preise in Goldmark (120 Goldmark ist gleich 1 Dollar der Goldmark): Weizen märkischer 155-151, Roggen märkischer 131-131, Gerste 132-130, Hafer 154-162, Mais märkischer 101-107, pommerscher 98-101, Pa-Pinta-Mais ab Hamburg 167-168, Weizenmehl 22,75-25, Roggenmehl 20,75-22,50, Weizenmehl 7,40 bis 7,60, Roggenmehl 6,50-6,80, Mais 280-2,85, Weizenmehl 4,25, Viktoria-Grün 33-34, Kleine Speisefrüchte 17-21, Futtererbsen 11 bis 13, Bohnen 12-14, Erbbohnen 12-14, Bohnen 15-15,50, Lupinen, blaue 15-14, gelbe 15-17, Erbsen 14,50-16, Raps, schwarz 10,50-10,75, Leinöl 22-23, Troadenschmelz 7,50-7,80, Butter, fest, vollwichtig 17,50-18, Kartoffelknollen 16,30-16,40.

Dresdener Schlachttiermarkt

Dresden, 29. Januar. Auftrieb: 123 Ochsen, 178 Bullen, 141 Kalben und Kühe, 350 Kälber, 298 Schafe, 1218 Schweine. Zusammen 2228 Schlachttiere, davon 84 Rinder und 88 Schweine ausländischer Herkunft. Außerdem zur sofortigen Schlachtung, also nicht auf den Markt gestellt: 35 Rinder, davon 27 Argentinier, 70 Schweine, davon 45 Dänischer. Preise: Ochsen: 1, 36-40 (62), 2, 30-32 (60), 3, 20-25 (51), 4, —. Wesentliche Ochsen 50-52 (79). — Bullen: 1, 34-38 (62), 2, 30-32 (68), 3, 26-28 (54), 4, 20-24 (49). — Kalben und Kühe: 1, 36-40 (69), 2, 30-32 (72), 3, 24-26 (56), 4, 20-22 (50), 5, 12-16 (41). — Kälber: 1, —, 2, 28-32 (97), 3, 50-55 (88), 4, 38-46 (78). — Schafe: 1, 52-54 (106), 2, 44-48 (102), 3, 25-35 (79). Schweine: 1, 60-62 (78), 2, 62-64 (79), 3, 54-58 (75), 4, 50-52 (89), 5, 50 bis 60 (74). Schlachtkörper: Rinder (Schafte, Schafe und Schweine mittel). Heberländer: 83 Rinder, davon 30 Ochsen, 43 Bullen, 10 Kühe, davon 23 Ochsen argentinischer Herkunft, 49 Schweine. Kaufspreise über Notiz. Die hier notierten Preise sind Marktpreise. Die Schlachttiere sind nach den neuen Richtlinien der Bundespreisprüfungsstelle für Rinder 20 Proz., für Kälber und Schafe 18 Prozent und für Schweine 16 Prozent niedriger als die hier angeführten Preise.

Junge Aktien (in Millionen Prozent)

Dresden, 28. Januar. 20 Aktien- und Metallindustrie-Aktien: Schmelzwerke 2,8, do. jünger 3, Dresd. Strickmaschinen 5,6-5,7, Dux 1,9, Dux 4, Böhmla 1,4, Edelk. Brau 2,5, Hartmann 6,9, Werdau 6,7, do. Genüsse 12, Gölitz 6-5,75.

Table with 2 columns: Category and Value. Includes Dresdener Börse, Deutsche Staatspapiere, Wertbeständige Anleihen.

Table with 2 columns: Category and Value. Includes Eisenbahn- und Transport-Aktien, Bank-Aktien, Papier-, Papierstoff- und Photogr.-Aktien.

Table with 2 columns: Category and Value. Includes Porzellan-, Glas-, Zinn- und Bleisaff-Aktien, Maschinenfabrik u. Metall-Industrie-Aktien.

Table with 2 columns: Category and Value. Includes Eisen-, Stahl-, Eisen- und Stahlwerke-Aktien, Eisen- und Stahlwerke-Aktien.

Table with 2 columns: Category and Value. Includes Eisen-, Stahl-, Eisen- und Stahlwerke-Aktien, Eisen- und Stahlwerke-Aktien.

Table with 2 columns: Category and Value. Includes Eisen-, Stahl-, Eisen- und Stahlwerke-Aktien, Eisen- und Stahlwerke-Aktien.

Table with 2 columns: Category and Value. Includes Eisen-, Stahl-, Eisen- und Stahlwerke-Aktien, Eisen- und Stahlwerke-Aktien.

SLUB logo and text: Wir führen Wissen. Includes a small graphic of a book and the SLUB logo.



# Dresden

## Zurück zum bargeldlosen Verkehr!

Die enorme tägliche Entwertung der Papiermark während der letzten Monate des verfloffenen Jahres brachte es mit sich, daß es in Kreisen des Handels und der Industrie immer mehr Sichte wurde Rechnungsbeträge jeder Art und Größe nur noch in Bar zu begleichen. Bedeutend gefördert wurde diese Sachlage dadurch, daß Banken und andere Geldinstitute zur Deckung ihrer Ausgaben sehr hohe Gebührenzuschläge erhoben.

Darüber, daß die erwähnte Art der Anschaffung erheblich zur Verschlechterung des Marktfusses beigetragen hat, besteht in kaufmännischen Kreisen wohl kaum ein Zweifel, denn der Bedarf in Zahlungsmitteln mußte bei dieser Gewohnheit naturgemäß außerordentlich zunehmen und damit mußten sich die Ausweise der Reichsbank zum Schaden des Marktfusses immer ungünstiger gestalten.

Nachdem nun durch Einführung der Rentenmark endlich eine Stabilisierung unserer Währung erreicht worden ist, dürfte es für die gesamte Geschäftswelt an der Zeit sein, wieder zum früher so beliebten und bequemen bargeldlosen Verkehr überzugehen. Der Entschluß hierzu wird allen Industrie-, Handels- und Gewerbetreibenden um so leichter fallen, als die Banken, Postämter und sonstigen Geldverkehrs-Institute den Rückgangsweg einen erheblichen Ausbau der Spesenfrage (Wechsel der Buchungsbücher usw.) vorgenommen haben und mit weiteren Entgegenkommen sich sicher die alten Sympathien der Geschäftswelt zurückzuverlangen werden. Einen Beweis dafür, daß die Banken in diesem Sinne tätig sind, erbringt sich auch darin, daß seitens dieser Institute bei Einlagen auf Rentenmarkrechnung auch Papier- und Goldmark in Zahlung genommen werden, und daß neuerdings die Schalter der Banken auch wieder nachmittags in der Zeit von 3—5½ Uhr geöffnet sind.

Jeder einzelne von uns muß im Interesse der Erhaltung der Stabilität unserer Währung daran arbeiten, daß der Umlauf so gering als nur irgend möglich bleibt, und jeder einzelne kann hierzu beitragen, indem er im Geschäftsverkehr Verzinsung grundsätzlich vermeidet und sich des Verrechnungsscheins, des Giroverkehrs oder der Postgiroüberweisung bedient.

**Katholischer Vorkommisband St. Venns, Donnerstag, den 31. Januar, findet Vorstandssitzung statt, zu der auch alle Kassierer eingeladen werden.**

**Wiederzusammentritt der Landeskassierer. Die evangelisch-lutherische Landeskassierer wird wahrscheinlich Ende Februar oder Ende März wieder zusammenzutreten, um sich mit der neuen Kirchenverfassung zu beschäftigen.**

## Reichswehr - Wollwoche

Heute Mittwoch und morgen Donnerstag fahren die Sammelwagen der Reichswehr durch Strlesan, Gruna und Blasewitz!

**Unbekannter Betrüger.** Gewarnt wird vor einem unbekanntem Betrüger, der in hiesigen Geschäften in Unwissenheit des Inhabers bei den Angestellten vortritt, Pakete abholt, die angeblich vom Inhaber bestellt sind und sich dafür den angeblichen Kaufpreis zahlen läßt. Wie sich später herausstellte, ist der Inhalt der Pakete wertlos. Beschreibung: Der Unbekannte, der sich Karl und Fritz Klenger nennt, ist etwa 18—22 Jahre alt, 160 Zentimeter groß, schlank, bartlos, hat blaues Gesicht, blonde, hochgesteckte Haare, modernen hellbraunen Mantel (Schlapper) und hellen Hut bzw. Sportmütze.

## Mus Sachsen

### Massenkündigungen in der sächsischen Textilindustrie

**Erzmitzschau, 29. Januar.** Da die Verhandlungen zwischen dem Verband von Arbeitgebern der sächsischen Textilindustrie (Zit. Chemnitz) und dem Textilarbeiterverband, Gau Freital Sachsen, bzw. dem Zentralverband der Heizer und Maschinisten (Chemnitz) über Arbeits- und Lohnfragen zu keinem Ergebnis führten, ist am Freitag allen 17 der Textilindustrie beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen gekündigt worden. Der Arbeitgeberverband verlangt im allgemeinen die 66 stündige Wochenarbeitszeit unter Beibehaltung der jetzigen Lohnsätze. Die Arbeitnehmer fordern 20-prozentigen Lohnzuschlag.

**Vonitz, 29. Januar. (Wohnungsneubauten.)** Die hiesige Gemeinnützige Baugenossenschaft hat ein großzügiges Wohnungsbauprogramm aufgestellt. 15 Bewerber um Einfamilienhäuser haben sich jetzt verpflichtet, so daß zwei Reihen geplant werden konnten. Der Preis der Häuser bewegt sich je nach der Größe zwischen 6000 und 12000 Goldmark. Der Zins für die

## Theater und Musik

Der Chorgesangverein Dresden-Pianen hatte seinem Koncert im Westendtheater den Zeitgedanken „Der Hingezogene in die Eiten ein“ zugrunde gelegt. Er war auch in der glücklichsten Weise durchgeführt. Der fleißige und strebsame Leiter, Johannes Wäse, hatte trefflich vorbereitet, so daß die Chöre alle sehr schön, klar, rein, musikalisch sauber ausgeführt und mit deutlicher Textausprache zu Gehör kamen. Die nicht immer leichten Aufgaben (Chöre aus Webers „Vergil“, Hingezogene von Schumann und Hingezogene von Brahms) wurden reiflich gelöst. Charlotte Bieder, die den „Hingezogenen“ von Hoffmann mit dem Kompositoren am Flügel ihre schöne Stimme und ihre hehre Kunst. Emil Klingger war der 12. ungarischen Kapellmeister von List und 3 ungarischen Tängen von Brahms ein ausgezeichnete Interpret, sowie den Chören ein trefflicher Begleiter, die Tenorsänger (bei Brahms) waren bei Bruno Reuter in guten Händen. Der Abend brachte den Solisten, dem musikalischen Leiter und dem Chöre reiche, wohlverdiente Ehrungen ein.

**Bereinshaus, Friedrich Brodersen.** Der Name genügt, den großen Saal, Balkon und Galerie zu füllen. Alles in Erwartung und Spannung. Der Münchner Kammerchor, der zu den Spitzen unseres Konzertlebens zählt, singt Arlen, Jumeil, Belmonte, Leoncavallo, Donizetti, Humperdinck, Wagner, Verdi, Wagner, Wagner, Wagner. Ueber das „Wie“ kann die Kritik schweigen. Brodersens Kunst ist vollkommen und höchste Leistung. Interessant, jene Art Operettenmusik, die dem Konzertsaal anzuweisen. Bei ihm braucht man weder Bühnensänger, noch Kampfenlicht. Er kann ohne Kulissenarbeiten, ohne das Drum und Dran der Betreuer, die die Welt bebüteten. Das für andre Künstler ein Wagnis ist, ist für ihn Selbstverständlichkeit. Wohl selten wird eine Zusammenstellung von Arlen Ereignis; diesmal war es. Der Beifall war dementsprechend außerordentlich. Fünf Brodersen ist ihm individuelle pianistische Stille. So finden Gesang und Begleitung, aber auch Empfindung zweier Künstler eng und harmonisch ineinander, wie es nur selten der Fall sein kann. Gewöhnlich sind sich ja Solist und Begleiter fremde Menschen. Hier aber sind sie eins.

**Parkgärten, Gesehe Storch** ist eine Sängerin, die vornehmlich eine Zukunft hat. Es ist zu vorzügliches Material vorhanden, auch hat sie eine hübsche, anmutende Vortragart,

# Einweisung der neuen Dresdner Stadtverordneten

St.-V. Edmund Fischer (Soz.) zum Vorsteher gewählt

Dresden, 29. Januar 1924.

Die Einweisung der neuwählten Stadtverordneten fand am Montagabend vor überfülltem Hause Rat. Gegen 7/8 eröffnete Oberbürgermeister Blüher

die Sitzung mit einer einflussreichen Einweisungszrede. Er sprach von den politischen Haupterignissen seit der letzten Einweisung vom 5. Januar 1923 und den schweren Auswirkungen auf die Verwaltung der Stadt. In ausführlicher Weise beleuchtete er die überaus reiche Tätigkeit der Räte während der letzten Periode für Preisermäßigung, die Verteilung von 10000 Schmerzbekämpfungs-, 16000 Preiskampfbekämpfungs-, 9000 Kinder von Kriegskriegsbekämpfungs-, 5000 Preisermäßigungs-, 4000 Halbmieten, 4000 Vollmieten und 15000 Preisermäßigungen. Das Räteparlament hatte auch 26000 Verluste zu verzeichnen. Das Juventum hat bei dem betrüblichen Ausbruch unserer Kinder besonders schwere Arbeit zu leisten gehabt. Von 20000 Maßnahmen wurde die Sterblichkeit, die 1922 8098, 1923 7829 betrug gegen 6688 i. J. 1913. Die städtische Lebensmittelversorgung ist von einem zusammenfassenden Komitee der Räte unter der Leitung des städtischen Gesundheitsamtes in der Hand. Wir haben ziemlich die höchsten Preise im ganzen Reich. Das Wohnnahrungswesen, das nach unserm Gesundheitsamt steht, hat sich von Jahr zu Jahr verschlechtert. Die Zahl der Kinder auf Wohnnahrungswesen stieg von 36000 Ende 1921 auf 75000 Ende 1923, von denen bis zum 1. Januar 1924 nur 22500 erlöstigt waren.

In der gesamten Verwaltung mußte die Pflicht zur Sparfamkeit in erhöhtem Maße herrschen. 833 technische und 157 Verwaltungsposten wurden als entbehrlich bezeichnet. Die weiteren notwendigen Maßnahmen sind noch im Gange. Das Räteparlament rückt vor allen Dingen die Frage, inwieweit es möglich ist, Dresden aus finanzieller Lage an der Erde mehr als bisher auszuheilen. Ein Entschluß, der die Möglichkeit und die Notwendigkeit eines städtischen unterhalb Dresdens, wie den städtischen Körperschaften in Höhe auszuheilen. Weiter wurde vom Räteparlament die Aufschließung neuer Industriegebiete bearbeitet.

Seit der Reorganisation der städtischen Betriebe: Straßenbahn, Wasser- und Elektrizitätswerke, zu unheimlichen Verhältnissen gekommen. In der schwierigen Lage hat sich in den letzten Jahren das städtische Steueramt befunden. Unzulässige Male haben die Dezentralisation des Steueramtes gefördert. Es ist und gelungen, das Dresden, als einzige Stadt im Reich, noch heute die Umstände zu vermeiden, daß wir ferner die Einkommensteuer noch selbst erheben. Heute endlich stehen wir vor der Entscheidung, daß mit dem jetzigen System gebrochen wird, und daß man Länder und Gemeinden eigene Steuererhebungen zur Verfügung stellt. Noch mehr allerdings hatte das Finanzamt unter der Wertentwertung zu leiden. In diesem Zusammenhang gebührt der Rede des in den Ruhestand getretenen Herrn Bürgermeister Dr. Krehlmann, der das Finanzamt vom 1. April 1909 bis 30. Juni 1923 mit höchstem Eifer und unter größter Aufopferung geleitet hatte.

Das Vertrauen auf die sichere Vermögenslage unserer Stadt läßt

sich für die weitere Entwicklung gewisse Hoffnungen hegen und auch die wirtschaftliche Entwicklung ist heute nicht mehr hoffnungslos. Wir stehen in einer Preislage. Wenn es noch gelingen sollte, die Reparationsfrage erträglich zu regeln, dann könnte man sich mit der Dezentralisation, daß zu Beginn des Jahres die schwerste Zeit überstanden ist. In der schweren Zeit der letzten beiden Jahre hat sich vor allem auch der Gemeininn in unserer Stadt erheblich beteiligt. Für alle die reichen Spenden aus den Kreisen der Bevölkerung, sowie auch aus dem Ausland, habe ich namens der Staatsverwaltung herzlichsten Dank zu sagen.

Für unsere gemeinsame Arbeit heute ein Programm in höherem Sinne aufzustellen, ist unmöglich. Unser neues Programm kann nur sein:

Arbeiten, um die Wirtschaft und die Verwaltung wieder in Gang zu bringen, Arbeiter und opfern. Wenn wir allezeit das Wohl der Bürgerschaft als einzigen Leitstern unserer Arbeit gelten lassen, dann werden wir auch über

Bauskosten beträgt einschließlich Amortisation 30 bis 70 Mark monatlich, was bei manchen 40—50 Prozent des Einkommens ausmacht.

**Wadeberg, 29. Januar. (Weim Baumfällern erschlagen.)** Der Gemeindevorstand in Wadeberg wurde in seinem Walde, als er dort mit seinem Sohne Holz fällte, von einem stützenden Baum getroffen und so schwer verletzt, daß er wenige Stunden darauf verstarb.

**Seitendorf, 29. Jan. (Schadenfeuer.)** Am Sonntag kurz nach Mitternacht brach beim Herrn Gutbesitzer Quetzer ein Schadenfeuer aus. Infolge des heftigen Windes brannte der Dachstuhl in kurzer Zeit über und über. Auch die Kammern sind ausgebrannt. Zum Glück konnten die großen Scheunen und die Ställe mit dem Vieh gerettet werden. Auch ein Teil der Möbel ist gerettet. Man vermutet Kurzschluß. Vorzügliche Dienste beim Löschen leistete wieder die Motorspritze der städtischen Werke, die als erste zur Stelle war.

Daß sie unter den Schubertliebhabern einmal dort ausgewählt, wo nicht alles oft hingegriffen wird, läßt auf apertem Gehirne schließen. Eine noch aber die Tame noch im Auge behalten. Es darf ihr Studium noch nicht für abgeschlossen erachten und muß bei ihrer Vertiefung noch weiterstudieren. Denn die Umgebung ist noch nicht schlaflos. Und infolgedessen wäre es erwünscht gewesen, wenn sie ihr offenes Ohr auch um eine Spanne hinausgehoben hätte. In Carl Verbau hatte sie sich einen längst bewährten Begleiter gesichert.

**Neue Musik.** Im 4. Konzertabend von Paul Heni hörte man die Aufführung eines Klavierkonzerts von Herbert Krantow. Das fünfjährige Werk zeigt bei äußerlicher Knappheit Form und Klang, selbst besonders in rhythmischer Beziehung. Die darauffolgenden Klavierstücke von Debussy, sowie die schon bekannte „Fröhliche Insel“ deselben Komponisten, brachten Paul Heni einen Sondererfolg. Eine Bratschenpartie des in Paris lebenden Schweizer Dönniger ist ein in jeder Beziehung schönes und reifes Werk. Eine vierhändige Klavierpartie von Paul Heni zeigt in seiner elegant hingeworfenen Knappheit mehr Witz und Geist, als die darauffolgenden „Ballad Bourgeois“ von Boris Berner, weshalb die letzteren den höchsten Publikumerfolg zu verzeichnen hatten. „Siciliano e Burlesca“ von Cassella, eine mit höchstem technischen Raffinement geschriebene Komposition, würde man gern wieder hören.

**Donnerstag, 31. Januar, 7.30 Uhr im Künstlerhaus:** Lieder-Abend Hilde Wagner-Schnorr. Am Gastgeber: Hans Kluglich. Zum Vortrag gelangen Lieder von Wolf-Ferrari (4. Klavier), Hoffmann (Ohne Sonne), Käthe (4. Klavier), Sternberg (Lieder des Abends). — Karten bei Ries.

Für die Bayreuther Festspiele 1924 sind bereits Vorbereitungen in der Hauptsache getroffen, alle Plätze bereits belegt. Auch von der Stadt sind, wie der Oberbürgermeister im Stadtrat bekanntgab, die nötigen Maßnahmen zur Unterbringung und Verpflegung der Fremden in die Wege geleitet. Da am 15. Juni bereits beginnen, so wurde der Verein deutscher Gas- und Wasserwerke der Provinz, so wurde der Verein deutscher Gas- und Wasserwerke, der seine Hauptversammlung in Bayreuth Friedrich Wagner reiste nach Amerika ab, wo er zunächst 20 Konzerte dirigieren will, deren Erträgnis für den Bayreuther Festspielfonds bestimmt ist.

mancherlei Schwierigkeiten hinwegkommen und die Einführung der neuen Gemeindeordnung mit sich bringt. Die schwere Lage unseres Vaterlandes, und die schwere wirtschaftliche Notlage unseres Erwerbslebens in großen Teilen unserer Bevölkerung, legen und allen die Pflicht auf, die vorhandenen Gegenstände, — mögen sie politischer, sozialer oder anderer Art sein, — zurückzustellen und uns die Hände zu reichen zu schwerer und erfrucht, aber gemeinlicher Arbeit. Mit diesem Wunsch wolle ich Sie, meine sehr geehrten Frauen und Herren, in ihr Amt ein. Unter Leitung des Oberbürgermeisters geht nun die

### Wahl des Vorstehers

von hatten. Nachdem die einzelnen Fraktionen ihre Erklärungen abgegeben hatten, wurde zum 1. Wahlgang geschritten, der ergebnislos verlief. Am 2. Wahlgang (St. V.) entfielen 29 Stimmen auf Fischer III (Soz.), 21 Stimmen auf Schrapel (Komm.) 10 Stimmen auf Dr. Dehne (Dem.) und Thierfelder je 6 Stimmen. Zwei Zettel sind unbeschrieben. Es hat also ein zweiter Wahlgang stattgefunden. Dr. Schulze und Fischer III kommen in die engere Wahl. Nach einer kurzen Unterbrechung der Sitzung werden für Dr. Schulze und Fischer III je 29 Zettel abgegeben. 16 Zettel sind unbeschrieben. Die Entscheidung hat nunmehr entscheidend durch das Los zu erfolgen. Oberbürgermeister zieht das Los, das auf Dr. Edmund Fischer III lautet, der sich zur Annahme der Wahl bereit erklärt und Zugsfähigkeit und Unparteilichkeit in der Führung seines ehrenvollen Amtes verspricht. Damit ist das Kollegium konstituiert.

Nach einer halbstündigen Pause wird die Wahl der Bizevorsteher und der übrigen Vorstandsmitglieder vorgenommen. Stv. Kohlmann (Dn.) wird mit 54 Stimmen zum 1. Bizevorsteher gewählt, Stv. Hoff (D. Sp.) mit 49 Stimmen zum 2. Bizevorsteher. Beide nehmen die Wahl an.

Durch Dr. Schulze werden Schriftführer gewählt: Eisner (Soz.), Schrapel (Komm.), Glauz (Dem.) und Ransch (Handwerk).

Die Wahl der fünf ordentlichen Ausschüsse erfolgt ebenfalls durch Zufall und hat folgendes Ergebnis: Rechtsausschuß: Bork, Bizevorsteher Kohlmann, Finanzausschuß: Bork, Bizevorsteher Hoff, Verwaltungsausschuß: Bork, Stv. Vintert (Soz.), Prüfungsausschuß: Bork, Stv. Frau Böhme (Soz.), Sozialausschuß: Bork, Dehne (Dem.). Es wird beschlossene, die nächste Sitzung Donnerstag, 8. Uhr, abzuhalten. In einem Teilsitzungsantrag wird über die Kündigung von städtischen Anwesenheiten, erklärt der Rat, daß die Kündigungen nur zu einem Drittel durchgeführt werden. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Schluss der Sitzung 12.45 Uhr nachts.

Das Dresdner Stadtverordneten-Kollegium wird also trotz seiner starken nichtsozialistischen Mehrheit eine sozialistische Fraktion erhalten. Die Demokraten, die die Entschlüsse in der Hand hatten, haben sich wieder einmal nach der sozialistischen Bank hingeworfen, anstatt, was in diesem Falle leicht war, ihre grundsätzliche Einstellung neuen den materialistischen Marxismus zu bekämpfen. Stimmenshaltung bedeutet in diesem Falle prosozialistisch. Ein Trüben um die Verantwortung ist es in solcher Lage nicht. Aber klare Stellungnahmen scheinen dieser Partei sehr schwer zu fallen. Daß die Sozialisten noch im Zweifel verweilen wollen, ist nicht verwunderlich. Wir haben in anderem Zusammenhang bereits auf ihre verdorbenen Ziele hingewiesen. — Gegen die Verben des neuen Vorstehers soll damit nicht verfahren sein. Edmund Fischer ist am 9. Januar 1924 in Darmstadt geboren und von Beruf Goldschmied. Seit 1892 ist er als Redakteur und freier Schriftsteller tätig und vertrat von 1912—1918 den Mittelhessischen Reichstagsabgeordneter. Zurzeit ist Fischer, der auch an der neuen Gemeindeordnung mitgearbeitet hat, Direktor der Landesstelle für Gemeinwirtschaft und Schriftleiter der „Sächsischen Gemeindezeitung“. Wir wollen hoffen, daß Vorsteher Fischer sein Versprechen zu Objektivität und Unparteilichkeit einhält. — Der Zentrumskartenvorsteher Direktor Engler wurde in den Wahlausschuß gewählt, der die Wahlvorbereitungen für die anderen Ausschüsse, für die städtische Finanzverwaltung usw. vorzunehmen hat und von nicht zu unterschätzender Aktivität ist.

**Töbelen, 29. Januar. (Reubildung des Stadtorchesters.)** Die Mitglieder des ehemaligen Stadtorchesters haben die Reubildung eines Orchesters beschlossen. Sie bildeten eine Kapelle von 22 Mann unter der Leitung junger künstlerischer Kräfte, die wieder als Töbelen Stadtorchester bezeichnet.

**Königsfelden, 29. Januar. (Gefährliche Spieler.)** Eine größere Eishölle, auf der mehrere Knaben spielten, löste sich plötzlich vom Ufer und trieb der Strömung zu. Ein in der Nähe befindlicher Schiffsbesitzer beobachtete den Vorgang und konnte die abgehende Scholle noch rechtzeitig mittels eines Statens an Land ziehen und die Kinder retten.

**Neue Zeitschrift.** Die Pressestelle der staatlichen Elektrizitätswerke in Dresden gibt neuerdings eine Zeitschrift heraus unter dem Titel „Der Staatsbetrieb. Mitteilungsblatt der Alltagsgesellschaft Sächsische Werke“. Die loben erwähnte erste Nummer der Zeitschrift enthält neben einem Leitartikel „Einheitliches Vollen — Planvolles Handeln“ aus der Feder des Schriftstellers Paul Barthel, mehrere interessante Aufsätze über die sächsischen Staatsbetriebe, die Stromversorgung im Freistaat Sachsen, daneben technische, statistische und sozialpolitische Mitteilungen, sowie einen Unterhaltungsartikel „Delim und Welt“. Die Zeitschrift wird regelmäßig jeden Monat erscheinen. — Bereits im Oktober v. J. ist eine vom Leiter der Pressestelle der staatlichen Elektrizitätswerke, Dresden verfasste Broschüre erschienen, betitelt „Die Landesstromversorgung im Freistaat Sachsen“, in der der Verfasser einen Überblick über die Geschichte und den derzeitigen Stand der staatlichen Stromversorgung gibt. Zahlreiche Aufnahmen und eine übersichtliche Karte des sächsischen Stromnetzes vervollständigen das Bild, das die Schrift vermitteln will.

## Nahe und Fern

**Ein Auto in der Havel versinken.** Auf der Havel bei Schildhorn hat sich am Sonntagmorgen ein eigenartiger Unfall ereignet, dem ancheinend ein Menschenleben zum Opfer gefallen ist. In der Nähe des Wers, an der Schildhornbrücke, ist ein Automobil, mit dem der Ingenieur Paul Baer aus der Invalidenstrasse und der 19jährige Rentier Duda aus der Tegeler Straße eine Probefahrt auf dem Eise unternommen hatten, an einer nur mit einer dünnen Eisschicht überdeckten Stelle ergraben und versunken. Baer und sein Monieur und ein Schiffsbaukäufer, der Student Schlegelmilch aus Spandau, der unterwegs hinzugekommen war, versanken mit dem Automobil in den Fluten, konnten sich aber noch selbst unter großer Anstrengung emporarbeiten. Der Ingenieur und der Student wurden von Schildhorn aus gerettet; das Schicksal des jungen Duda ist unklar.

**Ein Hirschenunternehmer gebrannt.** In Marienborn bei Berlin brach am Sonntagmorgen ein großes Feuer aus, das den größten Teil der Anlage der Gesellschaft für elektrische Apparatebau in Zimmern legte. Nur den Anstrengungen der vereinigten Feuerwehren der Umgebung gelang es, ein Umsichgreifen des Feuers auf die benachbarten großen Unternehmungen, so das Glashaus der Zecca-Gesellschaft und auf die Motorenabteilung der Gesellschaft des Fabrikanten der Elektrischen Apparatebau-Gesellschaft in der ganzen Betrieb stillgelegt, so daß etwa 2000 Arbeiter um ihre Arbeit gekommen sind. Opfer an Menschenleben sind glücklicherweise nicht zu beklagen, da der Brand ausbrach, ehe die Arbeit am Morgen aufgenommen wurde.



Briefkasten

Sollten der Naturbelichtung, Wasserfeld usw. Auf diesbezügliche Anfrage sind wir in der Lage, folgendes mitzuteilen: Wasserfeld, Kosten der Naturbelichtung usw. gehören zu den Betriebskosten. Die Betriebskosten bilden einen als einen Hundertsatz genau bestimmten Teil der gesamten Miete und werden deshalb an sich mit der vierteljährlichen bzw. monatlichen Mietzahlung abgegolten. Der Vermieter kann und sollte jedoch Nachzahlungen für Betriebskosten verlangen, wenn der in der laufenden Mietzahlung enthaltene Hundertsatz für Betriebskosten aufgebraucht ist. Er hat sein Verlangen nötigenfalls der Mietervertretung gegenüber durch Vorlegung der zu begleichenden Rechnungen für Wasser, Licht usw. zu begründen und sich dem — in vielen Fällen geltend gemachten — Einwande des Mieter gegenüber zu verteidigen, daß er mit dem Betriebskostenhundertsatz unwirtschaftlich umgegangen sei (s. B. daß er den für Betriebskosten durch die Mietzahlung eingekommenen Betrag nicht durch Anschaffung von Wasserzählern oder in anderer Weise wirtschaftlich angelegt hat). Ist der Vermieter in einem bereits abgeschlossenen Zeitraum mit dem Betriebskostenhundertsatz nicht ausgekommen, so kann er natürlich, vorausgesetzt, daß er durch Belege die ihm tatsächlich erachtenden höheren Betriebskosten nachweisen kann, auch nachträglich von seinen Mietern noch eine Nachzahlung für Betriebskosten verlangen. Die Geldentwertung wird er allerdings dann nicht mehr geltend machen können, da es sein Verschulden ist, wenn er nicht rechtzeitig die Nachzahlung von den Mietern verlangt hat. Wenigstens habe ich vom Gerichte die Auskunft erhalten, daß es den Anspruch auf Aufwertung der Nachzahlung zurückweisen würde.

Für den Wasserverbrauch im Garten des Vermieters gilt

folgendes: Im Allgemeinen wird der Wasserverbrauch in den Hausgärten den Mietern nicht besonders berechnet, da es üblich ist, den Garten mit der Wohnung auf Grund eines einheitlichen Vertrages, also den Garten als zu der Wohnung gehörig, zu vermieten. Die Gartenanpflanzung und der Wasserverbrauch im Garten ist ja dann auch in der Pachtmiete, die der leibhaftig mahngebenden gesetzlichen Miete zugrunde gelegt wird, berücksichtigt. Den Mietern ist daher der Wasserverbrauch im Garten nur dann noch außer der gesetzlichen Miete zu berechnen, wenn der Garten unabhängig von der Wohnung vermietet worden ist oder in dem einheitlichen Mietvertrage über Wohnung und Garten ausdrücklich bestimmt ist, daß in dem Mietzins die Kosten des im Garten verbrauchten Wassers nicht enthalten sind. In solchen Fällen wird angenommen, daß für je 100 Quadratmeter Garten in den Monaten April bis Juni 1,5 Kubikmeter, in den Monaten Juli bis September 2,5 Kubikmeter Wasser verbraucht werden. Für den von dem Hausbesitzer selbst benutzten Garten findet diese Regelung sinngemäße Anwendung: In der Regel wird auch für die vom Hausbesitzer selbst benutzte Wohnung mit dem dazugehörigen Garten ein bestimmter Mietzins angenommen und s. B. zur Verteilung der Kosten für große Instandsetzungsarbeiten oder für die Steuerbehörde zahlenmäßig genau bestimmt sein. In solchen Fällen trägt der Hausbesitzer entsprechend der Höhe des auf ihn entfallenden Teiles des Gesamtmietzins das Haus und damit auch am Wasserfeld, ohne daß er sich noch für den Wasserverbrauch im Garten einen Teil des Wasserzinses ausrechnen hätte. Er wird vor allen Dingen in solchen Fällen einen Teil des Wasserzinses auf die einzelnen Wohnungen verteilen können, wenn er, ohne selbst in dem Hause zu wohnen, die Gartenanpflanzung für sich zurückbehalten hat. Für die Höhe des von ihm zu zahlenden Anteiles am Wasserfeld ist dann der oben

benannte einheitlich bestimmte Wasserverbrauch maßgebend, unabhängig von der Menge des tatsächlich verbrauchten Wassers, vorausgesetzt, daß er nicht schätzenslos in seinem Garten überproportionale Mengen Wasser vergeudet hat.

Wer hat recht? Mit dem Recht haben ist das so eine heikle Sache. Ich muß dabei immer an folgende Episode denken. Ein Ehepaar steht vor Gericht, um sich scheiden zu lassen. Zunächst zählt der Ehemann die Schwächen seiner Frau auf, die ihm die Ehe unerträglich machen. Antwort des Richters: Da haben sie recht! Auf die Tadelreden der Ehefrau reagiert der Richter mit demselben klaffenden Ausdruck: da haben sie auch recht! Frau und Mann fangen an zu schluchzen: Alle beide thun me: doch nicht recht ham! Und der Richter vollendet trocken: Da haben sie auch wieder recht! — Soll ich nun auch beiden Parteien recht geben? Ja! Ich fürchte ich nie damit sämtliche Sympathie zu verlieren. Und doch zur Sache: Es hat schon etwas auf sich, daß das Paradies in Mesopotamien zu suchen ist. Und zwar hängt sich diese Meinung auf eine Stelle im 1. Buch Moses (II. 10-14), wo von den vier Paradiesströmen Perat, Tigris, Euphrat und Gihon die Rede ist. Erstere aber sind nach allgemeiner Ansicht Euphrat und Tigris, die beiden letzteren werden verschied. gedeutet. Mesopotamien ist allerdings nur die eine Auslegung, andere nennen Armenien, Iran, Arabien, Babylonien. Sie haben also auf jeden Fall recht damit, daß der Ort keineswegs feststeht. Es handelt sich stets nur um mehr oder weniger begründete Annahme. In gauden gibts dabei gar nichts, und wer aus dem Standort des Paradieses noch ein Dogma (Glaubenssatz) konstruieren will, ist doch etwas zu überheilig. Die letzte Anfrage aber — ich will es nicht Reue nennen — übersteigt mein schwaches Können und Wissen. Ich weiß nur soviel, daß Adam seiner Frau alle gehörig war. Sibeant confus!

Ein treues Mutterherz hat aufgehört zu schlagen. Nach Gottes unerforschlichem Ratschluß verschied sanft und unerwartet am Sonntagmorgen 1/4 Uhr infolge eines Herzschlages meine über alles geliebte Gattin, unser herzensgutes Mütterl, Schwester, Schwägerin und Tante Frau Elise Sacher geb. Kosira im Alter von 44 Jahren 1 Monat. In tiefstem Schmerze zeigen dies an Emil Sacher Rudolf, Kurt und Ely, als Kinder zugleich im Namen aller Hinterbliebenen. Dresden, Freiburger Straße 124, Schmölln (Bez. Dr.) und Süd-Amerika, den 27. Januar 1924. Die Beerdigung findet Donnerstag den 31. Januar mittags 1 Uhr von der Halle des Löbtauer Friedhofes aus statt.

Katholisches Kirchenbau-Komitee Bad Schandau. Postsparkonto: Dresden 32408 Kath. Pfarramt Königstein. Bad Schandau, im Januar 1924. Aufruf! „Unser Bad Schandau muß wieder eine katholische Kirche bekommen“, so fühlten die Herzen aller Schandauer Katholiken am 1. Oktober v. J., als der erste Bischof des wiedervereinigten Bistums Meissen der jungen Gemeinde einen Besuch abstattete. Diesen Gedanken zu verwirklichen und dafür im In- und Auslande zu werben, haben sich die Unterzeichneten zu einem Kirchenbau-Komitee zusammengeschlossen. Bad Schandau ist Mittel- und Hauptverkehrspunkt der Sächsischen Schweiz, Hauptplatz des oberschlesischen Holz- und Steinhandels und der Elbschiffahrt und internationaler Kurort ersten Ranges. An der Stelle der jetzigen protestantischen Kirche steht bereits im 14. Jahrhundert ein zur Pfarrei Lichtanheim gehöriges katholisches Filialkloster, die „Frawenkirche zu Soranitz“ genannt, das vom Bischof Kaspar von Meissen durch eine in Stolpen am 17. Juni 1459 ausgestellte Urkunde zur Pfarrkirche erhoben wird. Der Glanz gottinniger Vorzeit umstrahlt unser Schandau, das zur Archipresbyteratskirche Hohnstein gehört, die selbst wieder dem Propst zu St. Petri in Bautzen untersteht. Mit der Einführung der Reformation im Jahre 1539 erlischt jedoch das ewige Licht vor dem Tabernakel und verstummt die Predigt des letzten katholischen Priestergeistes in Schandau. Nunmehr, da an 500 Katholiken Bad Schandau und Umgegend bewohnen, da annähernd 2000 katholische Kurgäste jährlich aus allen Ländern Wochen der Erholung für Seele und Leib hier verleben, da vom ersten Frühlingssorgen bis weit in den Spätherbst hinein allsonntäglich Tausende von Wanderern sich glücklich schätzen würden, im Mittelpunkt der herrlichen Sächs.-Böhmer Schweiz ein katholisches Kloster zu finden, ist der Trieb nach der Wahrheit der katholischen Weltanschauung, nach der Schönheit des katholischen Kultus, das Verlangen nach dem heiligen Opfer und nach der Gottesnähe des eucharistischen Hailmiles so gewaltig in unseren Herzen entbrannt, daß wir an Euch, geliebte Glaubensbrüder und Glaubensschwester im In- und Ausland, die innige und heilsuchende Bitte richten: „Hellt uns, im Herzen eines der schönsten Teile Deutschlands ein katholisches Gotteshaus wieder erstehen zu lassen, das, da die Pfarrkirche im fernen Königstein bereits eine Marienkirche ist, dem heiligen Antonius von Padua geweiht sein soll. Ueber Euch und Eure Familien flehen wir beim hl. Opfer, das nur einmal monatlich in einem Hotelssaal darbracht wird, den Segen und Lohn des allmächtigen Gottes herab. Holt uns, wahre Glauben und wahre Liebe zu verbreiten, damit wir wieder seien wahre Christen und wahre Katholiken und dadurch wahre Freunde unseres armen Volkes!“ Bischof Dr. Christian Schreiber, Bautzen, Präsident Domdekan Jakobus Skala, Bautzen, Apost. Protonotar, Vizepräsident. Pfarrer Joh. Erdel von Königstein. Rittmeister Anton Maria Schubert, Kirchenvorstand, Bad Schandau Schatzmeister und Sekretariats-Leiter. Kommissionsrat Dr. Ing. Emil Claviez, Adorf; Gen.-Direktor Gustav Rücker, Dresden; Frau Maria Edle von Wölfl, Aussig; Frau Maria Schubert, Präsidentin des St. Elisabeth-Vereins, Bad Schandau; Frau Emma Bachem, M. d. B., Königswinter a. Rh.; Justizrat Dr. Bernhard Eibes, Dresden; Fabrikbesitzer Bartscher, Kleinoditz; Bankdirektor Kurt Erdel, Dresden; Fabrikbesitzer Marcel Komandzinski, Dresden; Gen.-Direktor Geller von Köhlwetter, Elshausen (Oberpfalz); Staatskapellmeister Kurt Striegler, Dresden; Frau Leon Dorothea Löbmann, Bad Schandau; Rudolf Edler von Wölfl, Aussig; Gutbesitzer von Pürner, Seewalchen a. Altsee; Fabrikant August Schmidt, Dresden; Kaufmann Wenzel Haase, Bad Schandau; Direktor Hofmann, Krippen; Kaufmann Bernhard Eidmann, Leipzig; Hofrat Ritter von Gintl, Prag.

Religion des Kreuzes, Religion der Liebe, Nur du vermagst wahren Trost zu spenden. In Oelbergstunden unseres Leids ist uns durch erwiesene innige Anteilnahme und durch das Gebet viel Herzenstrost zuteil geworden, für den wir bitten, nur hierdurch unseren herzlichsten Dank entgegennehmen zu wollen, gleichzeitig die Bitte verknüpfend, auch fernerhin unserer teuren Entschlafenen in Liebe und im Gebete zu gedenken. Ludwig Greger, Albert Kruse, Pfarrer, im Namen aller Hinterbliebenen. Rositz, Altenburg, den 28. Januar 1924.

Dresdner Theater. Opernhaus. Mittwoch den 30. Januar Der Troubadour (1/2, 3-10) (Sollbüchse 10489-10573). Schauspielhaus. Mittwoch den 30. Januar Die Weber (7-10). Neuhäuler Schauspielhaus. Mittwoch den 30. Januar Prinzessin Museswind (1/2, 4) Großstadtluft (1/2, 8) (S.-B.-S. 8401-8800). Neues Theater. in der Kaufmannschaft. Mittwoch den 30. Januar Geschloss. Vorstellung (1/2, 8). Residenz-Theater. Mittwoch den 30. Januar Herr von Nulknacker (1/2, 4-7, 6) Mädi (1/2, 8-11/11). Central-Theater. Mittwoch 1/2, 8 Uhr Variet-Programm. Viktoria-Theater. 1/2, 8 Uhr Das Variet-Programm. 1/2, 9 Uhr Das Kabarett mit Engelbert Müde.

V. f. L. Deutsche Jugendkraft Dresden. Sonntag den 3. Februar im kath. Gesellenhause, Käufferstraße 4. Turnerischer Abend. Einlaß 5 Uhr. Beginn 6 Uhr.

Katholisches Casino zu Dresden. Dienstag den 12. Februar abends 7 Uhr im Rindlerhause, Brunner Straße. 53. Stiftungsfest. Militär-Konzert der Kapelle der Nachrichten-Abt. 4. Obermusikmeister Buhlmann, unter glücklicher Mitwirkung der ehemaligen Königlich. Poltrompeter. BALL. Karten zum Preise von 2.— G. u. M. einschließlich Tanz und erhaltlich bei den Herren Direktor Dänneberg, Prinzenplatz 36, I., Gollas, Webergasse 12, Straube, Wettinerplatz 10, II., Hoyer, Polbrunnstraße 51, Fedorshof, Kubitz, Scharnstraße 10, I., Berkner, Streblener Straße 43, II., sowie im Restaurant „Berthold“, Grünfeldstraße 3.

Nutzholz-Versteigerung. Am Dienstag den 5. Februar 1924 vormittags 1/2, 12 Uhr kommen in der Richterstraße zu Marienthal 350 Fm Nadelnholz (Eiche, Fichte, Birche) 58 Fm Laubholz (Eiche, Birke usw.) 60 Fm lichteines Schieferholz 16 Rm birkenes Nutzholz, 2 m lang zur Versteigerung. Das Klosterstift Marienthal.

Feldweibel sucht Stellung. mit bewährter Dienzeit und prima Zeugnisse. in Büro, Lager oder sonstigen Vertrauensposten. Werte Angebote unter „N 528“ an die Geschäftsstelle der Sächsischen Volkzeitung.

Gründlichen Klavierunterricht (Unter-, Mittel- und Oberstufe) erteilt konservatorisch geprüfte Musiklehrerin in u. außer dem Hause. Näheres Dresden-A., Zöllnerstr. 36, II. r.

THEATERstücke u. Couplets. Lustspiele, Schauspiele, Pantomime. Mit Auswahlsendung eines gern — Kataloge frei — Bernhard Kleins Paderborn. Vertrauenssache! Wringmaschinen „Dresdenio“ und einzelnes Walzen, in Garantieware, sowie alle Reparaturen schnell und sachgemäß im Sondergeschäft. Eduard Geiger Am See Ecke Margaretenstraße Fachmännische Bedienung.

Katholiken interessiert unsere Inserenten durch Einkauf. Grave katholische Familie will gesundes Kind. Mädchen 17, bis 4 Jahre alt adoptieren. Angebote an Pfarrer Werner, Riess.

Gründlichen Klavierunterricht (Unter-, Mittel- und Oberstufe) erteilt konservatorisch geprüfte Musiklehrerin in u. außer dem Hause. Näheres Dresden-A., Zöllnerstr. 36, II. r.

Gründlichen Klavierunterricht (Unter-, Mittel- und Oberstufe) erteilt konservatorisch geprüfte Musiklehrerin in u. außer dem Hause. Näheres Dresden-A., Zöllnerstr. 36, II. r.

Gründlichen Klavierunterricht (Unter-, Mittel- und Oberstufe) erteilt konservatorisch geprüfte Musiklehrerin in u. außer dem Hause. Näheres Dresden-A., Zöllnerstr. 36, II. r.

Frau Lina Jähne's Maß-Korsett-Atelier. Dresden, Ludwig-Richter-Straße 15, Fernspr. 34811. Anerkannt erstklassige Maßanfertigung.

Gut möbliertes Wohn- und Schlafzimmer (wenn möglich Zentrum Dresden) für sofort gesucht. Kostföhrliche Offerten erbeten unter „B D 24“ an die Geschäftsstelle der Sächsischen Volkzeitung.

Talentvolle Knaben und Jünglinge. die Priester und Franziskaner-Missionar für die Missionen in Nord-Brasilien, und junge Leute aller Berufe, die Franziskanerbrüder für diese Missionen werden wollen, finden herzliche Aufnahme in dem neuen Franziskaner-Missionskolleg St. Antonius in Bardel, Post Gildehaus 41 (Hannover).

Komplette Wohnungseinrichtungen sowie Polster- u. Einzelmöbel sofort preiswert in Möbelfabrik Gebr. Höllig, Erfurt, Mauerbarer Straße 43, Hauptst.

Kaffee, Kakao, Tee sowie sämtliche Lebensmittel kauft man am billigsten bei B. Wiederhold Erfurt, Eimergasse 17.

Elektrische Stark- und Schwachstrom-Anlagen, Gas- und Wasserleitungen, Installations-Gritzner. Erfurt, Meufarstraße 17. Fernruf 2376.